

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2016



Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Michael Hachula, Malte Rieth und Thore Schlaak

Europa und die Weltwirtschaft:
Globale Konjunktur ist weiter gedämpft 523

Bericht von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Thore Schlaak
und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft folgt stabilem Aufwärtstrend 531

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Der Brexit würde das Wirtschaftswachstum
in Deutschland deutlich dämpfen« 539

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland 540

Bericht von Kristina van Deuverden

Finanzpolitik: Haushaltsspielräume gehen zurück,
sind aber größer als zuletzt erwartet 543

Am aktuellen Rand Kommentar von Gert G. Wagner

Fußball-EM: Auswahlmannschaft des DFB
ist einer von mehreren Favoriten 552



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang
15. Juni 2016

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller
Miranda Siegel

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Ferdinand Fichtner

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 30 JAHREN

Die Kernenergiepolitik der RGW-Länder

UdSSR: Motive ...

Die UdSSR ist der größte Erdöl- und Erdgasproduzent der Welt, bei Kohle nimmt sie die zweite Position ein. Trotz ihres Reichtums an fossilen Brennstoffen begann die Sowjetunion sehr früh mit der zivilen Nutzung der Kernenergie. 1954 wurde in Obninsk das erste Kernkraftwerk der Welt – ausgestattet mit einem 5 MW-Druckröhrenreaktor – in Betrieb genommen. Dabei gab es sicherlich einen Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Nutzung, denn die Druckröhrenreaktoren eignen sich besonders gut für die Gewinnung von waffentauglichem Plutonium.

Die Entscheidung, Kernenergie in großem Umfang zur Stromerzeugung zu nutzen, wurde jedoch erst auf dem 24. Parteitag der KPdSU im Jahre 1971 getroffen. Dies weist auf zwei weitere Motive für die zivile Nutzung der Atomkraft hin: die Kosten und die Erschöpfbarkeit der Ressourcen an fossilen Brennstoffen.

Zu jener Zeit wurde deutlich, daß die UdSSR ihr Brennstoffförderung immer mehr in die verbrauchsfernen und klimatisch ungünstigen Regionen Sibiriens verlagern muß. Dies führte zu steigenden Kosten für die Förderung und den Transport von Brennstoffen. Kernkraftwerke können dagegen in der Nähe von Verbrauchschwerpunkten gebaut werden. Die spezifischen Kosten für den Transport der Brennelemente sind geringer, die Transportgefahren indes größer als im Falle von fossilen Brennstoffen. Außerdem erschien die Erschöpfbarkeit der Erdöl- und Erdgasvorräte bereits absehbar. Ohne die frühzeitige Entwicklung von Alternativen sah die UdSSR ihre energiepolitische Unabhängigkeit gefährdet. Die verstärkte Nutzung von Kernenergie und Kohle sollte eine Energiekrise vermeiden helfen.

aus dem Wochenbericht Nr. 25 vom 19. Juni 1986

Europa und die Weltwirtschaft: Globale Konjunktur ist weiter gedämpft

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Michael Hachula, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die Weltwirtschaft kommt weiterhin nicht in Fahrt. Nach dem bereits schwachen Jahresende 2015 hat sich das Expansions-tempo im Auftaktquartal 2016 erneut verlangsamt. In den Schwellenländern dürfte die Konjunktur auch weiterhin gedämpft bleiben. Vor allem in China setzt sich die graduelle Wachstumsabschwächung im Zuge des Abbaus von Überkapazitäten fort. Russland und Brasilien dürften in der Rezession bleiben; neben den nach wie vor niedrigen Rohstoffpreisen tun hausgemachte Probleme ihr Übriges. Die entwickelten Volkswirtschaften können dies nicht ausgleichen, da die Konjunktur hier lediglich stabil verläuft. Hauptstütze bleibt dort die Binnennachfrage. Vor allem in den USA, aber auch im Euroraum ist mit kräftigen Konsumzuwächsen zu rechnen, die insbesondere aus der sich verbessernden Lage am Arbeitsmarkt resultieren. Unter dem Strich dürfte am Ende dieses Jahres mit 3,2 Prozent ein geringeres Wachstum der globalen Wirtschaftsleistung stehen als noch zuletzt erwartet. Insbesondere die Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung in China und die möglichen Auswirkungen eines Brexits bremsen den Optimismus.

Die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft bleibt schwach. Nachdem die globale Produktion bereits im Schlussquartal 2015 wenig gewachsen war, hat sich das Expansionstempo im Auftaktquartal dieses Jahres nochmals verlangsamt (Abbildung 1). Im Jahresverlauf ist zwar mit einer leichten Konjunkturbelebung zu rechnen. Diese dürfte die unerwartet schwache Entwicklung im ersten Quartal aber nicht vollständig ausgleichen, so dass das Wachstum in diesem Jahr bei lediglich 3,2 Prozent liegen dürfte; dies ist abermals weniger als zuletzt prognostiziert (Tabelle). Im kommenden Jahr zieht die Konjunktur leicht an. Das Wachstum dürfte dann 3,6 Prozent betragen.

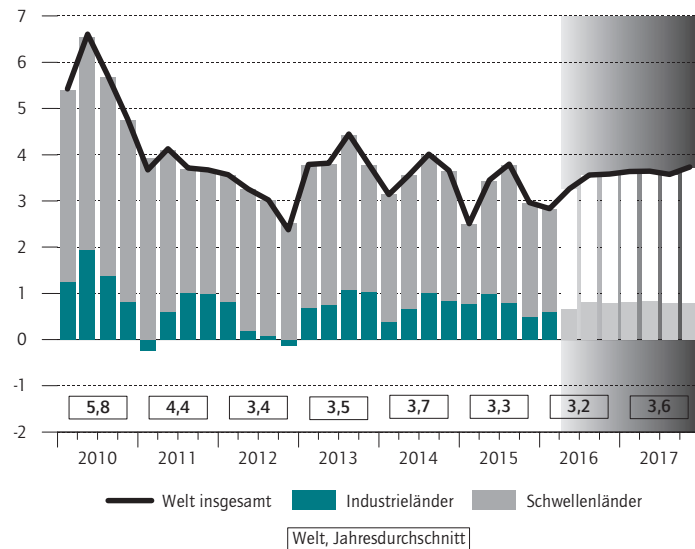
Wie bereits in den vergangenen Quartalen trugen vor allem die Schwellenländer zu der Verlangsamung bei. China verzeichnete das niedrigste Wachstum seit der globalen Finanzkrise. Zu einem massiven Konjunkturerinbruch, wie er noch im Frühjahr an den globalen Finanzmärkten befürchtet worden war, kam es dort aber nicht. In Russland und Brasilien ist die Wirtschaft weiter geschrumpft, wenngleich langsamer als zuvor. Hier dürften vor allem die zuletzt deutlich gestiegenen Rohstoffpreise eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten unterstützen. In China werden wohl staatliche Konjunkturprogramme zu leicht anziehenden Wachstumsraten beitragen. Die dämpfenden Faktoren wirken aber fort, so dass die Konjunktur in den Schwellenländern verhalten und das Wachstum hinter dem der Vorjahre zurück bleibt.

In den entwickelten Volkswirtschaften hingegen war die Dynamik im Auftaktquartal leicht aufwärtsgerichtet. Während die Wirtschaftsleistung in den Vereinigten Staaten weniger zunahm als zuvor, wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Japan und im Euroraum mit höheren Raten. Im weiteren Verlauf dürfte sich die stabile Seitwärtsbewegung der Konjunktur in den entwickelten Volkswirtschaften fortsetzen, wobei der private Konsum auch wegen der sich verbessernden Situation auf dem Arbeitsmarkt der wichtigste Wachstumstreiber bleibt. Hingegen

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Weltwirtschaft kommt nicht richtig in Fahrt.

dürfte vorerst weder die Entwicklung der Nettoexporte noch der Investitionstätigkeit größere Impulse verleihen, da die Konjunktur in den Schwellenländern kaum in Schwung kommt.

Die Geldpolitik wird wohl global etwas weniger expansiv ausgerichtet sein. Während die Zentralbanken im Euroraum und in Japan weiterhin stimulierende Maßnahmen umsetzen, dürfte die US-Notenbank im Prognosezeitraum angesichts einer zumeist guten Lage auf dem Arbeitsmarkt und erster Anzeichen steigender Inflationsraten die Zinsen schrittweise und leicht anheben. Die Finanzpolitik dürfte global in geringem Maße restriktiv ausgerichtet sein. In Europa etwa wird der Defizitabbau voraussichtlich etwas langsamer umgesetzt.

Die Risiken für die Weltkonjunktur haben abgenommen. Insbesondere die Unsicherheit an den Finanzmärkten über die Entwicklung in China ist zurückgegangen, so dass sich die globalen Finanzierungsbedingungen wieder etwas verbessert haben. In Europa hat die Unsicherheit hingegen aufgrund des unmittelbar anstehenden Referendums über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU etwas zugenommen (Kasten).

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Euroraum	0,9	1,6	1,6	1,7	0,4	0,0	0,4	1,3	11,6	10,9	10,1	9,6
ohne Deutschland	0,6	1,6	1,6	1,7	0,2	0,0	0,2	1,2	13,8	13,0	12,1	11,5
Frankreich	0,7	1,2	1,2	1,4	0,5	0,1	0,3	1,2	10,3	10,4	10,1	10,0
Spanien	1,4	3,2	2,7	2,4	-0,2	-0,5	-0,3	1,3	24,5	22,1	19,8	18,5
Italien	-0,3	0,6	1,0	1,4	0,2	0,1	0,3	1,0	12,7	11,9	11,0	10,4
Niederlande	1,0	2,0	1,9	2,2	0,3	0,2	0,6	1,0	7,4	6,9	6,3	6,1
Vereinigtes Königreich	2,9	2,3	1,8	2,1	1,5	0,0	0,4	1,8	6,1	5,3	5,0	4,9
USA	2,4	2,4	1,8	2,3	1,6	0,2	1,6	1,7	6,2	5,3	4,8	4,7
Japan	-0,1	0,6	0,6	0,5	2,7	0,8	0,1	1,0	3,6	3,4	3,7	3,8
Südkorea	3,3	2,6	2,6	2,8	1,3	0,7	1,2	2,2	3,5	3,6	3,2	3,0
Mittel- und Osteuropa	3,0	3,6	3,2	3,4	0,3	-0,4	-0,3	1,4	8,4	7,3	6,6	6,3
Türkei	3,0	4,0	3,3	3,6	8,9	7,8	7,8	7,4	10,0	10,3	10,4	10,1
Russland	0,7	-3,6	-1,1	0,5	7,9	15,5	6,7	4,4	5,2	5,6	5,7	5,6
China	7,3	6,9	6,1	6,0	-0,6	-0,6	0,9	2,9	3,8	3,8	3,8	3,8
Indien	7,1	7,4	7,3	6,7	4,4	1,1	3,3	6,1				
Brasilien	0,1	-3,9	-3,0	0,2	6,3	9,0	7,0	5,5	4,8	6,8	5,1	5,1
Mexiko	2,2	2,5	2,6	2,6	4,0	2,7	2,9	3,2	4,8	4,4	4,8	4,8
Industrielländer	1,8	2,0	1,6	1,9	1,4	0,2	1,0	1,5	7,0	6,3	5,9	5,7
Schwellenländer	5,2	4,4	4,4	4,8	2,5	2,9	3,0	4,1	4,8	5,0	4,8	4,7
Welt	3,7	3,3	3,2	3,6	2,0	1,8	2,2	3,0	5,8	5,6	5,3	5,2

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

USA

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal des laufenden Jahres lediglich um annualisiert 0,8 Prozent zugelegt. Während sich die privaten Konsumausgaben merklich erhöht haben, waren die Unternehmensinvestitionen rückläufig. Im Prognosezeitraum wird die US-Wirtschaft vor dem Hintergrund einer weiterhin robusten Konsumnachfrage und wieder anziehender Investitionen deutlicher zulegen als zuletzt. Der private Verbrauch wird gestützt durch die kontinuierliche Erholung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist innerhalb eines Jahres um fast einen Prozentpunkt zurückgegangen und lag im Mai noch bei 4,7 Prozent. Allerdings liegt die Erwerbsbeteiligung weiterhin auf historisch niedrigem Niveau. Alles in allem werden sich die im Trend leicht steigenden verfügbaren Einkommen auch im Prognosezeitraum erhöhen und den privaten Verbrauch sowie den Wohnungsbau stützen. Vor dem Hintergrund der kräftigen Konsumnachfrage werden die Unternehmen ihre Investitionen im Verlauf dieses Jahres wieder etwas ausweiten. Im Zuge der steigenden Kapazitätsauslastung werden die Investitionen im kommenden Jahr noch deutlicher zulegen. Angesichts der stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage dürfte die US-Notenbank bis zum Herbst des laufenden Jahres ihre Leitzinsen ein weiteres Mal anheben; auch für die folgenden Quartale ist mit leichten und schrittweisen Erhöhungen der Leitzinsen zu rechnen. Die Finanzpolitik wird im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nicht mehr restriktiv ausgerichtet sein; hier wird unterstellt, dass nach den Präsidentenwahlen Ende 2016 die Finanzpolitik nicht neu ausgerichtet wird. Alles in allem dürfte die US-Wirtschaft im Jahr 2016 um 1,8 Prozent zulegen. Im Jahr 2017 wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts wohl bei 2,3 Prozent liegen.

Japan

In Japan ist die Wirtschaft in den ersten drei Monaten des Jahres um 0,4 Prozent gewachsen. Die Konjunktur wurde von steigenden Ausgaben der privaten Haushalte stimuliert. Dazu haben kräftige Reallohnzuwächse beigetragen, die allerdings nicht auf höhere Lohnabschlüsse, sondern auf sinkende Inflationsraten zurückzuführen sind. Daneben ist der Staatskonsum kräftig ausgedehnt worden. Auch der Außenhandel hat positive Impulse gegeben. Die Investitionsausgaben sind gefallen. Das Zutrauen der Firmen in die weitere Entwicklung bleibt gering. Der Tankan-Index für das verarbeitende Gewerbe deutet auf eine schwächere Konjunktur hin, er ist gerade auf ein Mehrjahrestief abgerutscht. Zu der pessimistischeren Einschätzung trägt auch die jüngste Aufwertung des Yen bei, die die Exportchancen der Unternehmen verschlechtert.

Die Wirtschaftspolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Angesichts der unsicheren Entwicklung plant die Regierung, die für April 2017 anvisierte Erhöhung der Mehrwertsteuer von acht auf zehn Prozent zu verschieben. Die Bank von Japan wird ihre lockere Geldpolitik wohl noch intensivieren, weil die Verbraucherpreise erneut sinken. Insgesamt dürfte die Produktion in diesem Jahr um 0,6 Prozent zulegen, für das kommende Jahr ist ein Anstieg in ähnlicher Größenordnung zu erwarten.

China

In China konnte die Produktion im ersten Quartal des Jahres nur um 1,1 Prozent zulegen. Während der private Konsum überdurchschnittlich stark angezogen hat, ist die Zunahme bei den Investitionen schwächer ausgefallen. Negative Impulse kamen zudem von den Nettoexporten. Die unterjährige Entwicklung ist allerdings durch die langen Ferien im Rahmen des chinesischen Neujahrsfestes verzerrt. Der jährliche Anstieg der Produktion lag bei 6,7 Prozent.

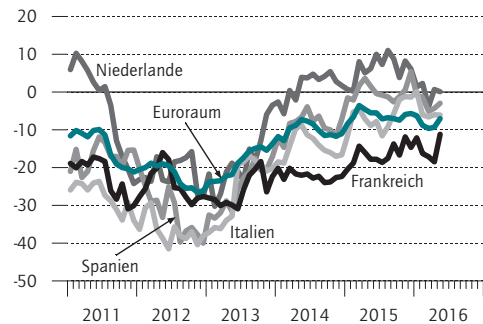
Während der Dienstleistungssektor hohe Zuwächse zeigt, laufen die Geschäfte in der Industrie schwächer. Dies spiegelt sich unter anderem in den Einkaufsmanagerindizes wider, die bei Dienstleistungsunternehmen klar über, im Industriebereich jedoch leicht unter der Expansionsschwelle liegen. Vor allem staatliche Unternehmen sind mit enormen Überkapazitäten konfrontiert, die auf den Investitionen lasten. Zudem gibt die Weltkonjunktur nur wenig Impulse für die Exporte. Um das Wachstum zu stützen, wird China in den nächsten drei Jahren ungefähr 630 Milliarden Euro in den Ausbau seiner Infrastruktur stecken. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr wohl um 6,1 Prozent steigen, im kommenden Jahr dürfte die Rate bei 6,0 Prozent liegen.

Euroraum

Im Euroraum legte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2016 um 0,6 Prozent zu und gewann damit an Dynamik. Im zweiten Quartal dürfte jedoch eine leichte Gegenbewegung erfolgen – dafür spricht, dass die Industrieproduktion nach einer sehr starken Ausweitung im Januar in den nächsten beiden Monaten wieder rückläufig war. Ein wichtiger Wachstumstreiber im ersten Quartal war der private Konsum, der im weiteren Verlauf eine Wachstumsstütze bleiben dürfte. Viele Konsumindikatoren, wie die Zahl der Kfz-Neuzulassungen, sind am aktuellen Rand aufwärts gerichtet. Der moderate Beschäftigungsaufbau in vielen Ländern setzt sich fort und die sich allmählich verbessernde Situation auf dem Arbeitsmarkt macht sich in einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen bemerkbar. Im Verlauf dürfte die Entwicklung des privaten Konsums jedoch nicht

Abbildung 2

Konsumentenvertrauen im europäischen Vergleich Saldo



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2016

Das Konsumentenvertrauen liegt auf vergleichsweise hohem Niveau, ist jedoch in den letzten Monaten nicht weiter gestiegen.

weiter an Dynamik gewinnen. Dafür spricht zum einen die Entwicklung des Konsumentenvertrauens, das zwar weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt liegt, in den letzten Monaten jedoch nicht mehr gestiegen ist (Abbildung 2). Zum anderen dürften leicht steigende Inflationsraten die Zuwächse der real verfügbaren Einkommen bremsen.

Die Investitionen dürften sich im Prognosezeitraum allmählich beleben, nicht zuletzt bedingt durch sich aufhellende Rahmenbedingungen. Der aktuelle *Bank Lending Survey* der Europäischen Zentralbank (EZB) zeigt sowohl eine weitere Verbesserung der Kreditbedingungen für Unternehmen an als auch eine etwas stärkere Nachfrage nach Krediten. Insgesamt nahm die Kreditvergabe an Unternehmen in den letzten Monaten zu und auch die Unterauslastung der Produktionskapazitäten geht verglichen mit den vergangenen Jahren zurück. Mit einer stark anziehenden Dynamik ist für den Prognosezeitraum jedoch nicht zu rechnen. Dämpfend wirkt sich nach wie vor die hohe Unsicherheit aus, hervorgerufen unter anderem durch die Brexit-Diskussion und die Verlangsamung des weltweiten Wirtschaftswachstums. Zudem liegen verschiedene Einkaufsmanagerindizes zwar über der Expansionsschwelle, legten im Jahresverlauf bisher aber nicht merklich zu.

Die Ausfuhren entwickelten sich im ersten Quartal nur verhalten. Bedingt durch die eingetrübten Wachstumsaussichten in wichtigen Absatzmärkten ist für dieses Jahr nur eine geringe Besserung zu erwarten. Bei etwas anziehender Weltkonjunktur im kommenden Jahr und – trotz leichter Aufwertung im ersten Quartal 2016 – schwachem Außenwert des Euro, dürften die Exporte im nächsten Jahr jedoch wieder an Dynamik gewinnen. Da

sich die Importe bedingt durch die inländische Nachfrage gleichzeitig robust entwickeln, ist für viele Mitgliedsländer im Prognosezeitraum kein positiver Wachstumsbeitrag des Außenhandels zu erwarten.

Die Inflationsrate lag im Euroraum in den letzten Monaten mehrfach im negativen Bereich. Bei wieder leicht steigendem Ölpreis und einer sich langsam schließenden Produktionslücke dürfte die Inflationsrate im Verlauf zwar steigen. Das Inflationsziel der EZB von knapp zwei Prozent wird aber auch Ende 2017 voraussichtlich nicht erreicht werden, sodass die Geldpolitik im Prognosezeitraum weiterhin äußerst expansiv ausgerichtet sein dürfte. Die Finanzpolitik wird dagegen in diesem und im nächsten Jahr in etwa neutral ausgerichtet sein. Auch durch die weiterhin niedrigen Zinsen auf Staatsanleihen ist daher ein leichter Rückgang des Schuldenstands in Relation zur Wirtschaftsleistung zu erwarten.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,6 Prozent und im nächsten Jahr um 1,7 Prozent zulegen.

Vereinigtes Königreich

Im Vereinigten Königreich hat sich das Wirtschaftswachstum zu Jahresbeginn leicht auf 0,4 Prozent abgeschwächt. Die Indikatoren wie der Geschäftsklimaindex und die Managerbefragungen deuten auf eine weitere Verlangsamung im zweiten Quartal hin. Jedoch gibt es Anzeichen dafür, dass die wirtschaftliche Dynamik in der zweiten Jahreshälfte wieder an Schwung gewinnt. So wird die Beschäftigung weiter aufgebaut, was bei gleichzeitigen Reallohnzuwächsen dem privaten Verbrauch Auftrieb verleihen dürfte. Die Investitionstätigkeit wird angesichts einer anziehenden Nachfrage wohl wieder etwas an Dynamik hinzugewinnen. Dafür spricht auch, dass sich die Industrieproduktion im ersten Quartal erhöhte und die Auftragsentwicklung derzeit in etwa seitwärts verläuft. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Vereinigten Königreich in diesem Jahr um 1,8 Prozent zulegen und im kommenden Jahr um 2,1 Prozent. Im Falle eines Brexits wird das Wachstum im Jahr 2017 aber wohl deutlich geringer ausfallen (Kasten).

Mittel- und Osteuropa

In Mittel- und Osteuropa war das Wachstum im ersten Quartal schwächer als im Schlussquartal 2015. Die Entwicklung war in den einzelnen Ländern uneinheitlich: In Rumänien und Bulgarien stieg das Bruttoinlandsprodukt deutlich. Demgegenüber sank es in Ungarn und stagnierte in Polen. In Ungarn ging im ersten Quartal die Industrieproduktion kontinuierlich weiter zurück. Die Bautätigkeit sank im ersten Quartal außer in Tschechien in der gesamten Region, besonders stark in

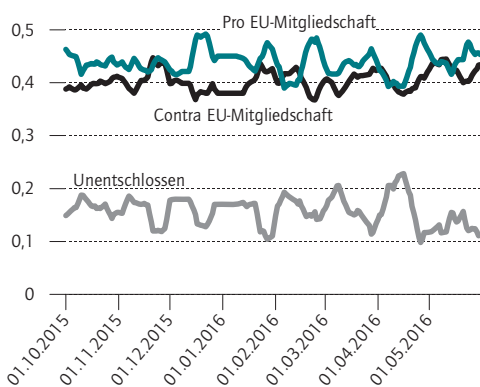
Kasten

Brexit-Votum: Mögliche Auswirkungen auf die Konjunktur

Abbildung 1

Umfragewerte zum Ausgang des EU-Referendums

Gleitende Durchschnittswerte über zehn Tage in Prozent



Quellen: whatukthinks.org; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Entscheidung im EU-Referendum wird voraussichtlich knapp ausfallen.

Die Auswirkungen eines Votums für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) am 23. Juni 2016 auf die Wirtschaft des Landes wären wohl überwiegend negativ. Da der Fall eines Austritts eines Mitgliedslandes aus der EU nicht explizit geregelt ist, wären zunächst in einem Verhandlungsprozess die Bedingungen für den Austritt festzulegen, was mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen dürfte.¹ Für diesen Zeitraum würde der Zugang britischer Unternehmen zum europäischen Binnenmarkt fortbestehen, weshalb es sinnvoll ist, zwischen den kurzfristigen und den langfristigen wirtschaftlichen Folgen eines Brexits zu unterscheiden.

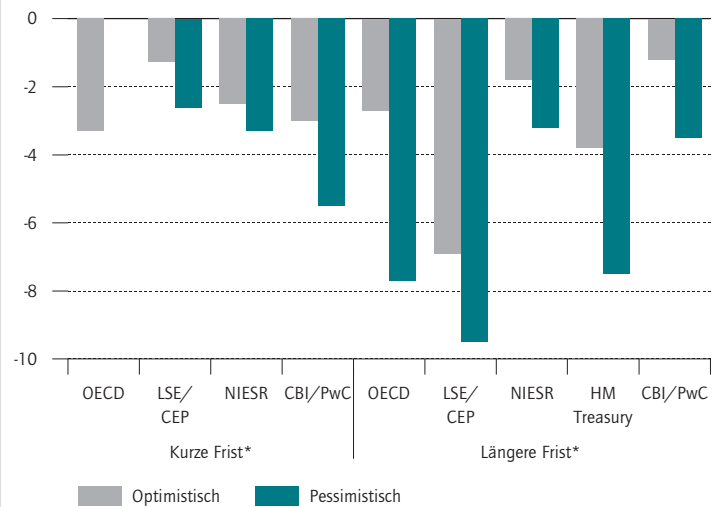
Die Wahrscheinlichkeit für einen Austritt des Vereinigten Königreichs ist nicht gering: Bei hoher Unsicherheit deuten die Umfrageergebnisse an, dass der Ausgang des Referendums äußerst knapp werden könnte (Abbildung 1).

¹ House of Commons (2013): Leaving the EU. Research paper 13/42, 1. Juli 2013.

Abbildung 2

Auswirkungen eines Brexits auf das Bruttoinlandsprodukt im Vereinigten Königreich

Im Vergleich zum Basisszenario ohne Brexit in Prozent



* Die kurze Frist umfasst einen Zeitraum von 2016 bis 2020. Die lange Frist bezieht sich auf 2016 bis 2030. LSE/CEP verwenden ein Modell mit einem statischen (kurze Frist) und dynamischen Zeitraum (lange Frist).

Quellen: OECD Studie: OECD (2016). „The economic consequences of Brexit: A taxing decision“, OECD Economic Policy Papers, No. 16.; LSE/CEP Studie: Dhingra, S., Ottaviano, G., Sampson, T. and Van Reenen, J. (2016). „The consequences of Brexit for UK trade and living standards“, CEP Brexit Analysis No. 2.; NIESR Studien: Baker, J. et al. (2016). „The short-term economic impact of leaving the EU“, National Institute Economic Review, No. 236.; Ebell, M. and Warren, J. (2016). „The long-term economic impact of leaving the EU“, National Institute Economic Review, No. 236.; HM Treasury Studie: HM Government (2016). „HM Treasury analysis: the long-term economic impact of EU membership and the alternatives“, Cm9250.

© DIW Berlin 2016

Die Auswirkungen des Brexits auf die britische Wirtschaft wären voraussichtlich negativ.

Studien, die versuchen, die Auswirkungen eines Brexits quantitativ abzuschätzen, legen nahe, dass ein Austritt langfristig negative Folgen hätte, aber auch kurzfristig einen erheblichen negativen Schock für die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs darstellen würde (Abbildung 2). Je nach den getroffenen Annahmen liegen die quantitativen Ergebnisse für einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in der kurzen Frist zwischen etwa 1,3 und 5,5 Prozent im Vergleich zu einem Basisszenario ohne EU-Austritt.² Maßgeblich für die negativen Effekte sind dabei wahrscheinlich einsetzende Kapitalabflüsse, die sich über ver-

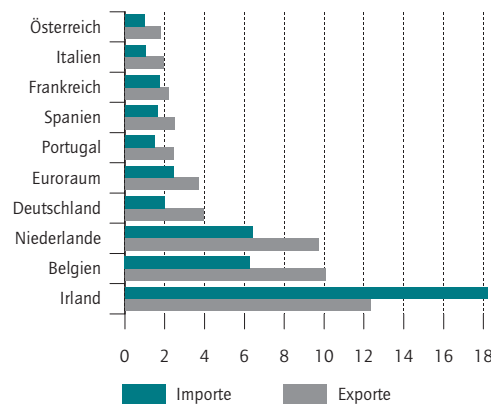
² Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in der kurzen Frist bezieht sich bei den meisten Studien auf den Zeitraum bis 2020 und geht damit über den Prognosezeitraum hinaus. Vereinzelt weisen Studien jedoch auch jährliche Rückgänge aus, die bereits für den Prognosezeitraum 2016 und 2017 auf beträchtliche Einbußen der Wirtschaftsleistung hindeuten.

Fortsetzung Kasten

Brexit-Votum: Mögliche Auswirkungen auf die Konjunktur

Abbildung 3

Außenhandel verschiedener Länder des Euroraums mit dem Vereinigten Königreich
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: IMF; Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Einzelne Länder des Euroraums wären besonders stark von einem Brexit betroffen.

schiedene Kanäle auf die Realwirtschaft übertragen würden.³ In der Folge käme es zu einer Abwertung des Pfunds und stark erhöhter Wechselkursvolatilität. Sowohl ein Anstieg der Finanzierungskosten der öffentlichen Hand als auch ein Anstieg der Kreditzinsen für Unternehmen und private Haushalte wäre zu erwarten. Ebenso dürften die Eigenkapitalkosten durch eine schwächere Entwicklung der Aktienmärkte steigen. Über die Kapitalabflüsse hinaus dürfte die stark erhöhte Unsicherheit bezüglich der zukünftigen gesetzlichen Rahmenbedingungen die Investitionstätigkeit hemmen.

Für die Länder des Euroraums dürfte ein Brexit kurzfristig ebenfalls negative wirtschaftliche Folgen haben, insbesondere über den Handelskanal. Sollte es durch einen Brexit zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums im Vereinigten Königreich kommen, dürfte die britische Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus der EU abnehmen. Diese Entwicklung würde durch die zu erwartende Abwertung des Pfunds verstärkt werden, da sich europäische Güter aus britischer Sicht verteuern. Insgesamt machen die Exporte ins Vereinigte Königreich circa 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Euroraums aus und die Importe ungefähr 2,5 Prozent. Von einem Rückgang des Handels wären insbesondere Irland, aber auch die Niederlande und Belgien betroffen (Abbildung 3). Diese Länder sind sowohl über den Handel mit Gütern und Finanzdienstleistungen als auch aufgrund zahlreicher Firmenbeteiligungen eng mit dem Vereinigten Königreich verbunden.⁴

Darüber hinaus gibt es weitere kurz- und langfristige Transmissionskanäle eines Brexits auf die Wirtschaft im Euroraum, von denen jedoch nicht alle nur negative Auswirkungen haben dürften. Erstens hätte ein Austritt merkliche Effekte über den EU-Haushalt, da das Vereinigte Königreich der drittgrößte Nettozahler in der EU ist. Sollen Kürzungen, beispielsweise der EU-Förderung in Ost- und Südeuropa, vermieden werden, so müssten andere Länder, allen voran Deutschland und Frankreich, einen größeren Beitrag leisten.⁵ Zweitens ist das Vereinigte Königreich eines der wichtigsten Empfängerländer von Direktinvestitionen aus dem Euroraum, sodass im Falle eines Brexits womöglich

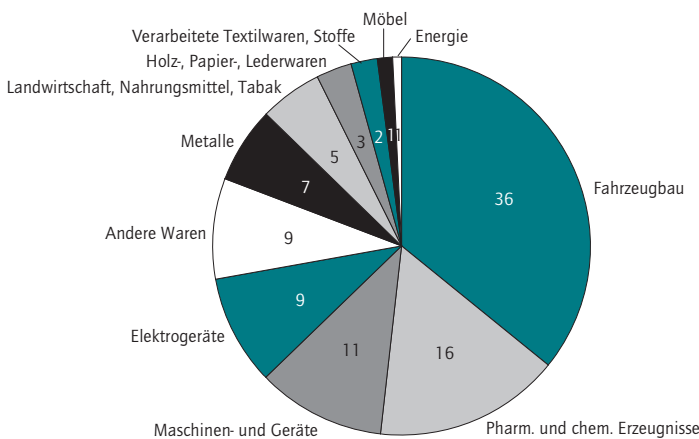
³ Vgl. zum Beispiel Baker, J. et al. (2016): The Short-Term Economic Impact of Leaving the EU. NIESR Review No. 236, Mai 2016.

⁴ Details zu den wirtschaftlichen Beziehungen einzelner Euroländer mit dem Vereinigten Königreich finden sich zum Beispiel in Boata, A. et al. (2016): Brexit: What does it mean for Europe? Euler Hermes Economic Research, Mai 2016.

⁵ Nach dem bisherigen Umlageschlüssel wären dies für den deutschen Staatshaushalt Mehraufwendungen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro gewesen. Das EU-Eigenmittelsystem wird allerdings zurzeit revidiert, wobei die Zustimmung einiger Mitgliedsländer noch aussteht. Ab dem Zeitpunkt der Gültigkeit der neuen Regelung werden auch die Zahlungen ab dem Jahr 2014 nachträglich korrigiert.

Abbildung 4

Aufteilung der deutschen Warenausfuhren in das Vereinigte Königreich nach Gütergruppen
Anteile in Prozent



Quellen: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Wenige Gütergruppen machen einen Hauptteil der Warenausfuhren in das Vereinigte Königreich aus.

Gewinneinbußen entstehen. Mittelfristig könnte der Euroraum aber auch von einem Rückgang der Direktinvestitionen in das Vereinigte Königreich profitieren, sollte ein Teil der Mittel stattdessen in heimische Unternehmen investiert werden.⁶ Drittens könnten die Kosten für Finanzdienstleistungen steigen, sollte der Zugang zum Finanzplatz London durch einen Austritt erschwert werden.⁷ Insbesondere Banken des Euroraums müssten Teile ihrer Aktivitäten verlagern; neben den Reallokationskosten hätte dies auch einen Verlust der komparativen Vorteile am Standort London, wie hochqualifiziertes Personal und die Marktinfrastruktur, zur Folge. Einzelne Finanzzentren im Euroraum wie Frankfurt, Paris oder Dublin könnten jedoch von einer Arbeitsplatzverlagerung profitieren.

Auch die deutsche Wirtschaft dürfte negativ von einem Brexit betroffen sein, besonders über den Handelskanal. Das Vereinigte Königreich war gemessen an den Warenausfuhren im Jahr 2015 der drittgrößte Handelspartner Deutschlands. Im verarbeitenden Gewerbe wären aufgrund der hohen Gesamtausfuhren insbesondere die Automobilindustrie, die Chemie- und Pharmaindustrie, sowie der Maschinenbau betroffen (Abbildung 4). Unterstellt man, dass die Entscheidung für den Brexit eine Reduktion der Importnachfrage des Vereinigten Königreichs um 12,5 Prozent bis zum Ende des Prognosezeitraums zur Folge hätte,⁸ lägen die Wachstumsraten der britischen Importe um 1,7 Prozentpunkte im Jahr 2016 und um 11,9 Prozentpunkte im Jahr 2017 unter ihrem Wert im Falle einer Entscheidung für den Verbleib in der EU. Dies dürfte auch entsprechende Auswirkungen auf die deutschen Waren- und Dienstleistungsausfuhren haben. Ohne Berücksichtigung von indirekten Effekten – beispielsweise Drittländer- oder Substitutionseffekte – ergibt sich bei einem Anteil des Vereinigten Königreichs an den deutschen Exporten

⁶ Siehe Buiters, W. et al. (2016): The implications of Brexit for the rest of the EU. Vox.eu.org, März 2016.

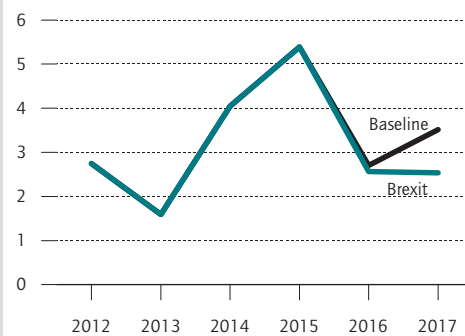
⁷ Siehe Irwin, G. (2015): BREXIT: the impact on the UK and the EU. Global council analysis, Juni 2015.

⁸ Die Kalibrierung beruht auf Baker, J. et al. (2016): The short-term economic impact of leaving the EU. National Institute Economic Review No. 236, Mai 2016.

Ungarn. Bei in der Region steigenden Realeinkommen und sinkender Arbeitslosigkeit wirkte der private Konsum hingegen vielerorts weiterhin stützend. Die Investitionen wurden im ersten Quartal in manchen Ländern durch einen Sondereffekt gedämpft: Im vergangenen Jahr waren nach Auslaufen der letzten Förderperiode noch Finanzmittel aus den EU-Fonds abgerufen worden, die ansonsten weggefallen wären; die Absorptionsrate war somit relativ hoch. In der neuen Förderperiode

Abbildung 5

Wachstumsrate der deutschen Exporte
In Prozent



Quellen: Baker, J. et al. (2016): The short-term economic impact of leaving the EU. National Institute Economic Review, No. 236.; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Zuwachsraten der deutschen Exporte würden im Falle eines Brexits voraussichtlich sinken.

von 8,0 Prozent bei Waren und Dienstleistungen⁹ rechnerisch ein Rückgang der Wachstumsrate der deutschen Exporte um 0,2 Prozentpunkte im laufenden Jahr und um 1,0 Prozentpunkte im Jahr 2017 (Abbildung 5). Bei einem Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt von 48 Prozent läge die Wachstumsrate der Produktion der deutschen Wirtschaft im Jahr 2016 um 0,1 Prozentpunkte sowie im Jahr 2017 um 0,5 Prozentpunkte niedriger als im Falle einer Entscheidung für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU.

⁹ Aus der Außenhandelsstatistik wird für das Vereinigte Königreich ein Anteil von 7,5 Prozent an den deutschen Warenausfuhren im Jahr 2015 abgeleitet. Für die Dienstleistungsausfuhren liegt keine Aufteilung nach Absatzregionen vor; unterstellt wird hier ein Anteil von zehn Prozent.

de bis 2020 werden aus den EU-Fonds für Mittel- und Osteuropa, insbesondere für Polen, wieder erhebliche Mittel bereitgestellt. Hinzu kommen die in der Region weiterhin niedrigen Zinsen. Dies dürfte sich günstig auf die Investitionstätigkeit auswirken. Allerdings ist für Ungarn der Indikator zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage seit Jahresanfang kontinuierlich gesunken. Für Tschechien deutet der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe darauf hin, dass

sich die Dynamik in der Industrie etwas abgeschwächt hat. Demgegenüber ist der Index für Polen nach einem Rückgang im April zuletzt wieder deutlich gestiegen. Er liegt für beide Länder weiterhin über der Expansionschwelle. Insgesamt dürfte das Wirtschaftswachstum in der Region mit 3,2 Prozent in diesem Jahr und 3,4 Prozent im nächsten Jahr stabil bleiben.

Russland

Die russische Wirtschaft ist in den ersten vier Monaten des Jahres 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,1 Prozent geschrumpft. Der Rückgang hat sich verlangsamt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war die Bautätigkeit weiterhin rückläufig; die Industrieproduktion stagnierte. Der geringere Einzelhandelsumsatz deutet darauf hin, dass die Bevölkerung bei sinkenden Realeinkommen weiterhin ihren Konsum einschränkte. Die Investitionen sind im ersten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorjahresquartal erneut gesunken. Der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe hat sich im Mai gegenüber dem Vormonat verbessert,

bleibt aber knapp unter der Expansionschwelle. Insgesamt sind von der inländischen Nachfrage kaum Impulse zu erwarten. Im Außenhandel gingen die russischen Warenimporte insbesondere im Januar wertmäßig stark zurück. Sie haben sich in den Folgemonaten zwar wieder erhöht, bleiben aber unter den Vorjahreswerten. Die Entwicklung der wertmäßigen Exporte war in den ersten Monaten 2016 noch vom niedrigen Ölpreis bestimmt. Mit dem inzwischen gestiegenen Ölpreis werden sich die russischen Exporterlöse im weiteren Verlauf wieder erhöhen. Mit der Ölpreisentwicklung hat sich zudem der Kurs des Rubels zuletzt stabilisiert. Dies hat dazu beigetragen, dass die inländische Preissteigerung weiter gesunken ist. Sie lag mit 7,3 Prozent im April aber noch oberhalb des für Ende des Jahres 2017 anvisierten Inflationsziels von vier Prozent. Die russische Zentralbank hat für den Fall einer weiteren Abschwächung der Preissteigerung nicht ausgeschlossen, den Leitzins im weiteren Jahresverlauf zu senken. Insgesamt dürfte bei leicht steigendem Ölpreis die Wirtschaftsleistung im Jahr 2016 weniger stark zurückgehen als im Vorjahr und im Jahr 2017 wieder etwas steigen.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin | cdreger@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Christoph Große Steffen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | crossesteffen@diw.de

Michael Hachula ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhachula@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | crossesteffen@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

GLOBAL GROWTH STILL SUBDUED

Abstract: The world economy has yet to regain momentum: after the already weak final quarter of 2015, the pace of expansion slowed down again in the first quarter of 2016. In the emerging countries' economies, the pace of expansion is expected to remain subdued, especially in China, where the gradual slowdown continues as overcapacities are reduced. Russia and Brazil are likely to remain in recession: apart from the still-low commodity prices, domestic issues are aggravating the situation. Growth is just barely stable in the industrialized countries, which means they cannot

compensate for the emerging countries' weaknesses. In the industrialized countries, the primary growth driver is still domestic demand. Strong consumption growth is expected in the US as well as in the euro area, primarily as a result of the improving labor market situation. All in all, the global economic growth rate is expected to be 3.2 percent in 2016, which is lower than previously forecasted. The uncertainty about China's future economic development and the potential impact of a Brexit are the primary risks that are curbing optimism.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 24+25/2016 :



www.diw.de/econbull

Deutsche Wirtschaft folgt stabilem Aufwärtstrend

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft dürfte, getragen von einer dynamischen Binnenkonjunktur, in diesem Jahr um 1,7 Prozent wachsen. Im kommenden Jahr schwächen sich der Konsum sowie die Bauinvestitionen ab, das Wachstum wird wohl 1,4 Prozent betragen. Der Außenhandel schiebt das Wachstum kaum an. In beiden Jahren des Prognosezeitraums werden die Kapazitäten in etwa normal ausgelastet; eine Überhitzung zeichnet sich nicht ab. Mittelfristig sind aber kräftigere Investitionen in den Kapitalstock erforderlich, um das Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft zu erhöhen.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf ihrem moderaten Aufwärtstrend. Getragen wird diese Entwicklung von einer regen Binnenkonjunktur und auch die Exporte erholen sich (Tabelle 1). Da die Importe etwas stärker zulegen, gehen vom Außenhandel rechnerisch jedoch kaum Impulse aus.

Der Konsum legt begünstigt durch die Arbeitsmarktentwicklung weiter zu (Abbildung 1). Er verliert jedoch an Tempo, weil der Beschäftigungsaufbau etwas nachlässt und die inzwischen wieder anziehenden Energiepreise die Realeinkommen dämpfen. Anders als bislang unterstellt, kommen zudem seit Jahresbeginn deutlich weniger Geflüchtete nach Deutschland. Zusätzliche Nachfrageimpulse – zunächst vor allem die Ausgaben des Staates für die Unterbringung, Versorgung und Integration und später dann zunehmend der Konsum der Flüchtlinge – fallen im kommenden Jahr geringer aus als im laufenden Jahr.

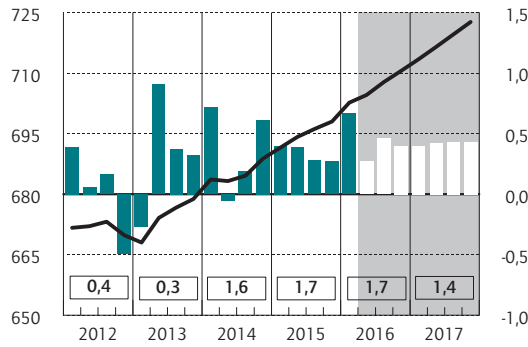
Die Exporte haben sich zuletzt erholt und dürften im Prognosezeitraum merkliche positive Impulse liefern. Allerdings sind diese im Vergleich zu früheren Jahren deutlich geringer; hier spiegelt sich die strukturelle Verlangsamung des Wachstums in einigen wichtigen Absatzmärkten wider. Dies dürfte die investiven Ausgaben insbesondere in der Industrie dämpfen. Dagegen werden die Dienstleister wohl kräftiger in neue Ausrüstungen investieren. Unter dem Strich bleibt die Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen aber verhalten, auch weil die Unsicherheit mit Blick auf die konjunkturelle Entwicklung wichtiger Absatzmärkte sowie die Sorge um den künftigen Zusammenhalt der Europäischen Union die Unternehmen vorsichtig disponieren lässt. Weiterhin merklich aufwärtsgerichtet entwickeln sich die Bauinvestitionen – insbesondere bei den Wohnimmobilien, die als Anlageform gefragt bleiben. Im kommenden Jahr stagniert allerdings der öffentliche Bau.

Die Importe entwickeln sich im Zuge der dynamischen Inlandsnachfrage kräftiger als die Exporte. In diesem Jahr bremst der Außenhandel im jahresdurchschnittli-

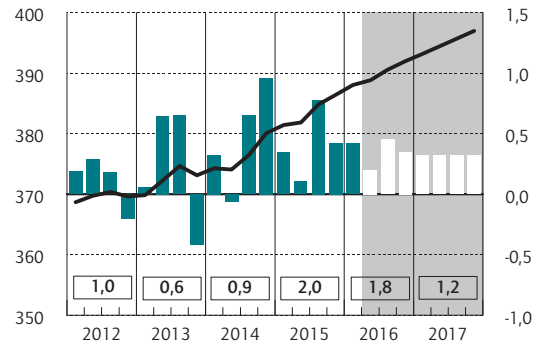
Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

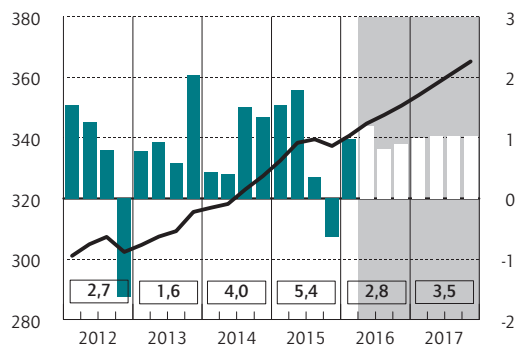
Bruttoinlandsprodukt



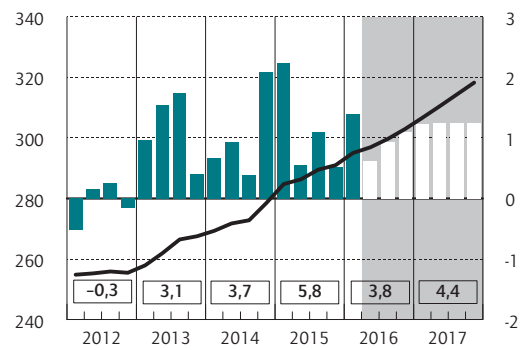
Konsumausgaben der privaten Haushalte



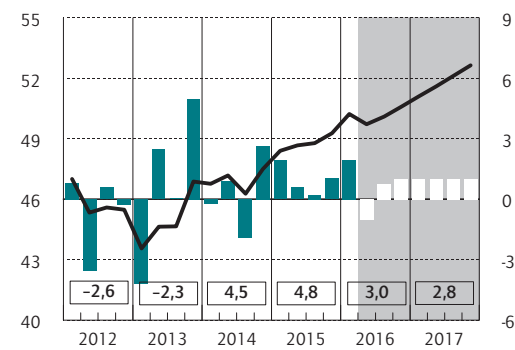
Exporte



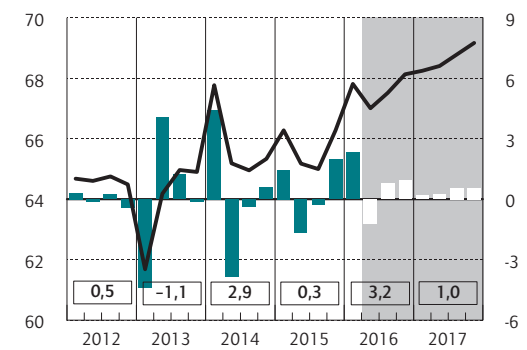
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem zweiten Quartal 2016.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,3	0,1	0,8	0,4	0,4	0,2	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,7	0,7	0,7	0,9	0,5	0,8	0,3	0,3	0,7	0,7	0,5	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	-0,5	0,1	1,4	1,8	-0,8	0,7	0,9	0,5	0,5	0,7	0,7
Ausrüstungen	1,9	0,6	0,2	1,0	1,9	-1,0	0,8	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	1,4	-1,7	-0,3	2,0	2,3	-1,2	0,8	0,9	0,2	0,2	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	0,7	0,6	0,7	0,7	0,2	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	-0,1	-0,3	0,0	0,1	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,6	-0,2	0,6	0,9	0,8	0,0	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ¹	-0,2	0,6	-0,3	-0,5	-0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,5	1,8	0,3	-0,6	1,0	1,2	0,8	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
Import	2,2	0,6	1,1	0,5	1,4	0,6	0,9	1,1	1,2	1,3	1,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,4	0,3	0,3	0,7	0,3	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem zweiten Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,4	0,3	1,6	1,7	1,7	1,4
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 060	42 328	42 703	43 056	43 582	43 958
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	2 223	2 182	2 092	1 949	1 762	1 730
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	2 897	2 950	2 898	2 795	2 692	2 657
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,4	5,2	5,0	4,6	4,1	4,0
Arbeitslosenquote, BA ²	6,8	6,9	6,7	6,4	6,1	6,0
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,0	1,5	0,9	0,2	0,6	1,5
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	3,1	2,0	1,6	1,7	1,9	2,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-2,4	-3,1	8,9	19,6	20,0	16,6
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-0,1	-0,1	0,3	0,6	0,6	0,5
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	7,0	6,8	7,3	8,5	8,9	8,9

¹ In Preisen des Vorjahres.² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).³ Verbraucherpreisindex.⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2016 und 2017: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

chen Vergleich das Wachstum sogar leicht. Im Verlauf der kommenden Quartale trägt der Außenhandel per saldo kaum zum Wachstum bei.

Der Überschuss in der Leistungsbilanz bleibt mit annähernd neun Prozent (Tabelle 2) in beiden Jahren des Prognosezeitraums erheblich. Dies liegt auch daran, dass sich die Importe in diesem Jahr – im Zuge der massiv gesunkenen Rohstoffpreise im Winterhalbjahr 2015/16 – im Vergleich zum vergangenen Jahr deutlich verbilligen.

Alles in allem wächst die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr wohl um 1,7 Prozent – aufgrund des überraschend kräftigen Jahresauftakts sogar um einen Zehntel-Prozentpunkt mehr als das DIW Berlin in seinen Frühjahrsgroßlinien erwartet hatte.¹ Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum 1,4 Prozent betragen. Im Vergleich zum laufenden Jahr stehen 2017 weniger Arbeitstage

¹ Vgl. Fichtner et al. (2016): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2016. DIW Wochenbericht Nr. 11/2016.

zur Verfügung; ohne diesen Kalendereffekt würde das Wachstum in beiden Jahren bei 1,7 Prozent liegen. Die deutsche Wirtschaft ist in beiden Jahren in etwa normal ausgelastet. Anzeichen einer Überhitzung gibt es nicht: Der private Konsum schwächt sich etwas ab und die Ausrüstungsinvestitionen nehmen nur moderat Tempo auf. Kräftigere Investitionen in den Kapitalstock – private wie öffentliche – und Anreize zur Steigerung der Erwerbsneigung würden zu einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung in der mittleren Frist führen.

Trotz weiterhin erheblicher Belastungen der öffentlichen Hand durch die Flüchtlingsmigration – in diesem Jahr dürften Ausgaben von 11,8 Milliarden Euro und im kommenden Jahr von 12,8 Milliarden Euro anfallen –, schließt der öffentliche Gesamthaushalt in beiden Jahren mit einem Überschuss ab.² In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte dieser im laufenden Jahr bei 0,6 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,5 Prozent liegen.

Risiken für die Prognose ergeben sich zum einen aus den Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration; schon allein die Zahl der in Deutschland ankommenden Schutzsuchenden könnte erheblich von der in der Prognose unterstellten Annahme abweichen.³ Zum anderen dürfte eine stärker als erwartete Abschwächung der chinesischen Wirtschaftsentwicklung die deutschen Exporteure deutlich belasten – und auch die heimischen Investitionen dämpfen. Unklar ist auch, wie sich eine mögliche Entscheidung für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Brexit) auf die deutsche Konjunktur auswirken würde.⁴

Inflation zieht etwas an

Die Entwicklung der Verbraucherpreise ist geprägt von der Dynamik der Ölpreise. Die jahresdurchschnittliche Teuerung wird dabei in diesem Jahr aufgrund der gesunkenen Energiepreise um den Jahreswechsel 2015/16 herum gedämpft. Seit dem Frühjahr haben die Ölpreise und damit die Energiepreise angezogen, zuletzt sogar beschleunigt; im laufenden Quartal dürfte dies die Inflation merklich anschieben, sodass sich für das Jahr 2016 eine Teuerung von 0,6 Prozent ergibt. Im nächsten Jahr steigen die Ölpreise annahmegemäß weiter (Tabelle 3). Vor allem deswegen dürfte die Inflation im kommen-

² Vgl. van Deuverden, K. (2016): Finanzpolitik: Haushaltsspielräume gehen zurück, sind aber größer als zuletzt erwartet, Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 24+25/2016

³ Angenommen wurde für die Prognose, dass in diesem Jahr 310 000 und im nächsten Jahr 230 000 zusätzliche AsylbewerberInnen im Ersterfassungsverfahren gezählt werden.

⁴ Vgl. zu den möglichen Auswirkungen des Brexits auch Fichtner, F. et al. (2016): Europa und die Weltwirtschaft: Globale Konjunktur ist weiter gedämpft. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 24+25/2016.

Tabelle 3

Annahmen dieser Prognose

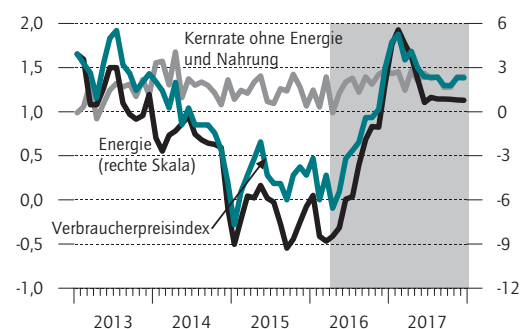
		2015	2016	2017
EZB-Leitzins	Prozent	0,1	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,0	-0,2	-0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,0	0,8	1,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,5	0,3	0,5
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,11	1,13	1,14
Tariflöhne (in % geg. Vorjahr)	Änderung gegenüber Vorjahr	2,4	2,3	2,1
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	53,1	45,4	50,7
Erdölpreis	Euro/Barrel	47,8	40,2	44,6

© DIW Berlin 2016

Abbildung 2

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex

In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Destatis.

© DIW Berlin 2016

Die Energiepreise dominieren die Entwicklung der Verbraucherpreise.

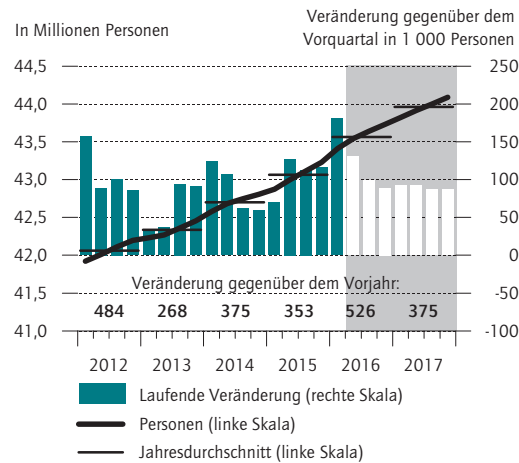
den Jahr mit gut 1,5 Prozent höher ausfallen. Die Kernrate liegt in diesem Jahr bei 1,3 Prozent; dies entspricht in etwa dem jährlichen Zuwachs der vergangenen fünf Jahre. Im kommenden Jahr dürfte sie dann vor dem Hintergrund einer dynamischen Binnenkonjunktur mit knapp 1,4 Prozent etwas höher ausfallen (Abbildung 2).

Beschäftigungsaufbau setzt sich mit etwas geringerem Tempo fort

Die Zahl der Beschäftigten hat zuletzt weiter kräftig zugelegt. Zugleich setzte sich infolge starker Wanderungsgewinne der Aufbau des Erwerbsspersonals fort.

Abbildung 3

Erwerbstätige



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, verliert aber etwas Tempo.

Bemerkbar machten sich auf dem Arbeitsmarkt vor allem die Zuzüge aus anderen EU-Ländern; nur wenig ins Gewicht fielen bisher die Flüchtlinge, denn sie erhalten in der Regel erst nach dem Abschluss der oft langwierigen Anerkennungsverfahren eine Arbeitserlaubnis. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm indes kaum ab; wären die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – insbesondere für Flüchtlinge – nicht ausgeweitet worden, wäre sie sogar etwas gestiegen.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres expandiert die Beschäftigung – wenngleich mit etwas verlangsamtem Tempo (Abbildung 3). Die Produktivität zieht leicht an; überdies nimmt die je Erwerbstätigen geleistete Arbeitszeit geringfügig zu. Beide Entwicklungen setzten sich im kommenden Jahr fort. Weiterhin wird im Wesentlichen die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zulegen, während die Mini-Jobs, die infolge des gesetzlichen Mindestlohns an Attraktivität verloren haben, nochmals weniger werden. Die selbstständige Beschäftigung verringert sich im Prognosezeitraum ebenfalls, aber nur wenig (Tabelle 4). In diesem Jahr wird bei der Zahl der Erwerbstätigen das Vorjahresergebnis um knapp 530 000 überschritten und 2017 um 380 000. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Vorjahresvergleich in diesem Jahr um 100 000 Personen und im nächsten Jahr um etwa 30 000 Personen geringer ausfallen. Angesichts der guten Beschäftigungsentwicklung und entgegen früherer Prognosen wird somit die Flüchtlingsmigration nicht mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit einhergehen: Zum einen

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2013	2014	2015	2016	2017
Erwerbstätige im Inland	42,33	42,70	43,06	43,58	43,96
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,46	4,40	4,33	4,30	4,28
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	29,73	30,22	30,86	31,40	31,85
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,89	1,90	1,91	1,93	1,95
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	5,02	5,03	4,85	4,77	4,67
Sonstige	1,23	1,15	1,11	1,19	1,21
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,06	-0,06	-0,07	-0,06	-0,06
Erwerbstätige Inländer	42,27	42,64	42,99	43,52	43,89
Erwerbslose	2,18	2,09	1,95	1,76	1,73
Erwerbspersonen	44,45	44,73	44,94	45,28	45,62
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,95	2,90	2,79	2,69	2,66
Arbeitslosenquote BA ¹ – in Prozent	6,9	6,7	6,4	6,1	6,0
Arbeitslosenquote SGB ² – in Prozent	9,0	8,8	8,3	7,9	7,7
Erwerbslosenquote VGR ³ – in Prozent	4,9	4,7	4,3	3,9	3,8
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,2	5,0	4,6	4,1	4,0
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO – 1 000	39,02	39,41	39,69	39,79	40,01

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

hat die Zahl der nach Deutschland Flüchtenden seit Beginn des Frühjahrs stark nachgelassen, zum anderen ist zu erwarten, dass viele anerkannte Flüchtlinge in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen insbesondere zur Qualifizierung untergebracht werden.⁵

Die Lohnsteigerungen haben sich zu Beginn des Jahres beschleunigt – obwohl nach den Tarifabschlüssen das Gegenteil anzunehmen war. Vermutlich wurden – wie im Anfangsquartal üblich – in erheblichem Maße Erfolgsprämien für das abgelaufene Jahr gezahlt. Daher wird sich im Sommerhalbjahr die Lohn drift wohl verringern, und der kräftige Lohnauftrieb dürfte sich leicht abschwächen. Zu Beginn des nächsten Jahres werden sich die Lohnsteigerungen auch wegen der anstehenden Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns

5 Die Zahl der abgeschlossenen Asylverfahren beläuft sich 2016 auf 590 000 und 2017 auf 600 000. Dabei wird 63 Prozent beziehungsweise 67 Prozent ein Schutzstatus gewährt. Längst nicht alle Personen sind im erwerbsfähigen Alter und nicht jede Person, die es ist, wird einen Job nachfragen: Asylbedingt erhöht sich in diesem Jahr die Zahl der Erwerbspersonen um etwa 160 000 und 2017 um reichlich 200 000.

wieder beschleunigen.⁶ Danach verlangsamten sie sich wieder etwas – dafür sprechen die bereits vorliegenden und in der Summe eher moderaten Lohnabschlüsse, die 2017 wirksam werden. Wegen der günstigen Beschäftigungsentwicklung dürften die effektiven Löhne aber stärker zunehmen als die tarifvertraglich vereinbarten.

Konsum treibt Wachstum, verliert aber an Schwung

Der private Verbrauch dürfte weiter merklich zulegen, denn nach wie vor wird er von einer günstigen Einkommensentwicklung, insbesondere bei den Löhnen, profitieren. Allerdings dürfte er an Tempo einbüßen, denn der kaufkraftsteigernde Effekt der gesunkenen Energiepreise kehrt sich im Zuge wieder zulegender Rohölnotierungen bereits um. Insbesondere im laufenden, zweiten Vierteljahr wird dies die Realeinkommen belasten; entsprechend zeichnet sich für dieses Quartal ein verhaltener Anstieg beim privaten Verbrauch ab. Im dritten Quartal 2016 dürfte der Konsum durch eine kräftige Rentenanpassung angeschoben werden, auch wenn ein größerer Teil dieser zusätzlichen Einkommen gespart werden dürfte.

Im gesamten Prognosezeitraum legen die Lohneinkommen mit rund vier Prozent kräftig zu. Im kommenden Jahr fällt der Zuwachs netto jedoch mit drei Prozent geringer aus; hier wirkt sich aus, dass der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung angehoben wird und der abgabendämpfende Effekt durch die diesjährige Erhöhung des Grundfreibetrags wegfällt. Die monetären Sozialleistungen werden in beiden Jahren mit gut vier Prozent merklich zulegen; hier schlagen sich insbesondere die Rentenanhebungen zur jeweiligen Jahresmitte, aber auch die Transfers an Flüchtlinge nieder. Die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und aus Vermögen dürften wie im vergangenen Jahr eher verhalten um knapp ein Prozent zulegen. Die Selbständigeneinkommen werden weiterhin wohl spürbar steigen, die Einkommen aus Vermögen dürften per Saldo aber nach wie vor belasten: Zwar profitieren die privaten Haushalte von günstigen Kreditkonditionen, ihr Sparvermögen wirft aufgrund der niedrigen Zinsen aber vergleichsweise geringe Erträge ab.

Alles in allem legen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 2,7 Prozent in den Jahren 2016 und 2017 weiter merklich zu. In diesem Jahr ergibt sich aufgrund des geringen Preisauftriebs ein kräftiges reales Plus, das bei nahezu unveränderter Sparquote in einem Anstieg des privaten Konsums von 1,8 Prozent resul-

tiert. Im kommenden Jahr ziehen die Preise etwas stärker an und der private Verbrauch dürfte um 1,2 Prozent ausgeweitet werden.

Die positiven konjunkturellen Effekte auf den privaten und öffentlichen Konsum im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration dürften im kommenden Jahr geringer sein als im laufenden Jahr. Die Asylanträge nach Deutschland geflüchteter Menschen werden erst mit zeitlicher Verzögerung erfasst und bearbeitet. Daher fallen zunächst Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten an; angesichts der mittlerweile deutlich geringeren Zuwanderung dürfte dies im Prognosezeitraum konjunkturell immer weniger ins Gewicht fallen. Verlassen die Flüchtlinge die Erstaufnahmeeinrichtung, wachsen ihnen Transferansprüche zu, die den privaten Verbrauch stimulieren. Nach ihrer Anerkennung steht ein Teil der Geflüchteten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Anerkannte Flüchtlinge haben Anspruch auf höhere Sozialleistungen als zuvor, was den Konsum weiter anschiebt. Für den Prognosezeitraum wird davon ausgegangen, dass die Zahl der Flüchtlinge in diesem und im kommenden Jahr deutlich geringer als im vergangenen Jahr sein wird – und auch deutlich geringer als bislang unterstellt. Somit fällt die zusätzliche Nachfrage im kommenden Jahr etwas geringer aus als in diesem Jahr.

Ausrüstungsinvestitionen bleiben verhalten

Die Ausrüstungsinvestitionen haben, nachdem sich gerade die privaten Unternehmen in der zweiten Jahreshälfte 2015 mit ihren investiven Ausgaben deutlich zurückgehalten hatten, im ersten Quartal 2016 kräftig expandiert: Die Unternehmen haben ihre Investitionstätigkeit zum Jahresauftakt um knapp drei Prozent ausgeweitet. Ein maßgeblicher Impuls kam dabei von Neuanschaffungen von Fahrzeugen. Die in der zweiten Jahreshälfte 2015 durch Großaufträge bedingte, sprunghaft gestiegene staatliche Investitionstätigkeit erfuhr hingegen einen deutlichen Rücksetzer. Für das zweite Quartal ist angesichts zuletzt rückläufiger Inlandsumsätze und Auftragsengänge bei Investitionsgüterherstellern nur mit geringen zusätzlichen Investitionen zu rechnen. Im weiteren Verlauf dürften die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge einem moderaten Aufwärtstrend folgen. Dies ist einerseits der nur geringen weltwirtschaftlichen Dynamik geschuldet; andererseits ist der derzeitige Aufschwung – im Gegensatz zu vorherigen Erholungsphasen – stärker durch binnenwirtschaftliche Kräfte, insbesondere den privaten Konsum, getragen, was eine geringere Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe nahelegt. Zudem bleiben die Produktionskapazitäten in etwa normal ausgelastet, sodass Erweiterungsinvestitionen nicht im größeren Maße anfallen dürften. Die sonstigen Investitionen, zu denen auch Forschung und

⁶ Hier wird unterstellt, dass es zu einer Anhebung des Mindestlohns um fünf Prozent auf 8,93 Euro kommt.

Entwicklung zählen, bleiben weiterhin aufwärtsgerichtet. Dennoch wird die Investitionsquote, bezogen auf die Ausrüstungen, auch im Prognosezeitraum unterhalb des langjährigen Durchschnitts liegen.

Verschlaufpause am Bau

Nach einem witterungsbedingt kräftigen Jahresauftakt wird die Bautätigkeit im zweiten Quartal nicht die sonst übliche Frühjahrsbelebung erfahren. Dafür sprechen die Entwicklung der Bauproduktion und der Auftrags-eingänge am aktuellen Rand. Insgesamt folgt die Bauwirtschaft aber ihrem starken Aufwärtstrend. In der zweiten Jahreshälfte dürften alle Baupartnen zum Wachstum in Deutschland beitragen. Insbesondere der Wohnungsbau entwickelt sich anhaltend dynamisch (Tabelle 5) und wird angesichts des günstigen Zinsumfelds und der hohen Wohnraumnachfrage gerade in Ballungsräumen weiter aufwärtsgerichtet bleiben. Dies wird in erster Linie durch den Neubau getrieben sein. Hierfür sprechen vor allem die jüngst stark gestiegenen Baugenehmigungen. Die Entwicklung der Bestandsinvestitionen bleibt hingegen verhalten. Im Wirtschaftsbau wird die Dynamik zunächst etwas gebremst sein. Allerdings gibt es auch hier Zeichen für eine Erholung im Prognosezeitraum. So hat beispielsweise das genehmigte Neubausvolumen bei Fabrik- und Werkstattgebäuden, aber auch bei Betriebs- und Verwaltungsgebäuden zuletzt deutlich zugelegt. Auch werden der Breitbandausbau und steigende Ausgaben für den Erhalt und Unterhalt von Schienenwegen für Impulse sorgen. Für den Bereich des öffentlichen Baus, der zuletzt wohl auch von Aufwendungen für die Unterbringung von Flüchtlingen profitiert hat, sind in der zweiten Jahreshälfte 2016 kräftige Impulse zu erwarten. So stehen investive Mittel, beispielsweise aus den Programmen zur Ausweitung des Betreuungsangebots in Kindertagesstätten, zur Verfügung. Für diese wird unterstellt, dass sie noch in diesem Jahr verwendet werden. Im kommenden Jahr dürfte die öffentliche Bautätigkeit in realer Rechnung dann etwa das Niveau halten.

Exporte mit moderatem Aufwärtstrend

Die deutschen Exporte sind zum Jahresauftakt moderat ausgeweitet worden. Dabei wurde die stagnierende Nachfrage aus den USA und Asien durch vermehrte Lieferungen in europäische Länder – vor allem in Nicht-EU-Mitgliedstaaten – kompensiert (Abbildung 4). Die Ausfuhren haben zwar zuletzt Fahrt aufgenommen, aber auch für das laufende zweite Quartal deuten die verhaltenen Exporterwartungen der Industrie und die Auftragseingänge nur auf einen mäßigen Zuwachs hin. Die Exporte werden im Prognosezeitraum wohl weiter steigen. Der robusten Nachfrage aus den entwickelten Volkswirtschaften, insbesondere Europas, steht allerdings eine schwache Entwicklung in den Schwellenländern gegenüber.

Tabelle 5

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2015	2013	2014	2015	2016	2017
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	59,9	-0,7	3,3	1,6	3,0	1,4
Nichtwohnungsbau	40,1	-1,5	2,4	-1,5	3,6	0,3
Gewerblicher Bau	28,2	-2,2	2,3	-1,8	2,1	0,3
Öffentlicher Bau	11,9	0,2	2,7	-0,6	6,9	0,1
Bauinvestitionen	100,0	-1,1	2,9	0,3	3,2	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

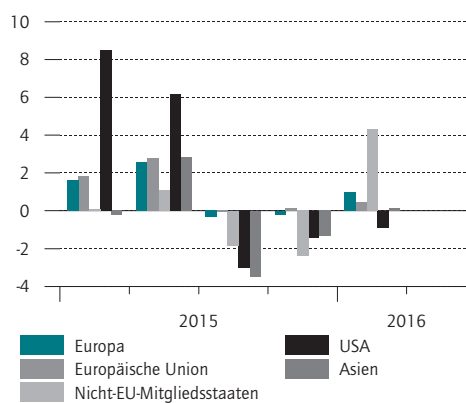
Vor allem der Wohnungsbau entwickelt sich im Prognosezeitraum dynamisch.

Abbildung 4

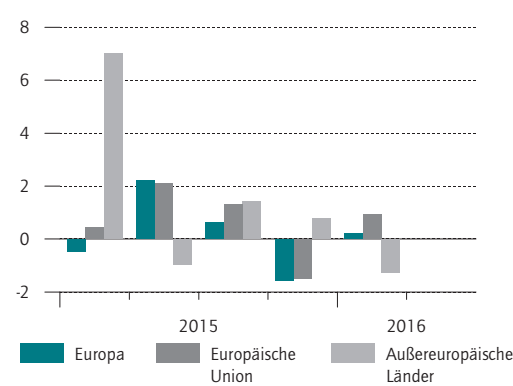
Außenhandel nach Regionen

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent

Ausfuhren



Einfuhren



Quelle: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Ausfuhren nach Europa stützen das Wachstum der deutschen Exporte.

Mit knapp drei Prozent in diesem und dreieinhalb im kommenden Jahr liegen die Exportzuwächse deutlich unter den Wachstumsraten der Vorkrisenjahre. Hierin dürfte sich vor allem die Verlangsamung des Wachstums wichtiger Absatzmärkte, insbesondere der chinesischen Wirtschaft, widerspiegeln.

Die Importe sind zum Jahresauftakt deutlich stärker gestiegen als die Exporte. Im zweiten Quartal 2016 dürften allerdings der etwas schwächere private Verbrauch und die rückläufigen Investitionen die Importe dämpfen. Ab Mitte dieses Jahres dürften die Zuwächse bei den Importen, getrieben durch die dynamische Binnenkonjunktur, aber alles in allem leicht über denen der Exporte liegen.

Nach einem merklichen, rohstoffpreisbedingten Rückgang der Außenhandelspreise im ersten Quartal wer-

den sowohl die Import- als auch die Exportpreise im zweiten Quartal 2016 erneut sinken, allerdings nur noch leicht. Da der Rückgang der Importpreise stärker ausfällt als derjenige der Exportpreise, werden sich die Terms of Trade im zweiten Quartal 2016 nochmals etwas verbessern. Im weiteren Verlauf führen die seit Frühjahr wieder kräftig gestiegenen Ölpreise zu einem Anstieg der Importpreise. Die Exportpreise nehmen ebenfalls zu, auch weil die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe steigen und die deutschen Exporteure diese Preissteigerungen an ihre AbnehmerInnen weitergeben können. Insgesamt verbessern sich so die Terms of Trade im Jahr 2016 wesentlich und im Jahr 2017 noch einmal leicht. Diese günstige Preisentwicklung trägt dazu bei, dass der Leistungsbilanzsaldo in diesem Jahr auf annähernd neun Prozent steigen und dort verharren dürfte.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Karl Brenke ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Klimapolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Maximilian Podstawski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik | mpodstawski@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Kristina van Deuverden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

GERMAN ECONOMY ON A STABLE GROWTH PATH

Abstract: Supported by dynamic domestic development, the German economy is expected to grow by 1.7 percent this year. As consumption and investment in construction are likely to weaken in the coming year, growth in 2017 should amount to roughly 1.4 percent. Foreign trade is contributing

relatively little to growth. In both years of the forecast period, capacities will be at more or less normal levels of utilization; there are no signs of overheating. In the medium term, however, stronger investment in the capital stock is necessary to increase the growth potential of the German economy.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 24+25/2016 :

www.diw.de/econbull





Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Der Brexit würde das Wirtschaftswachstum in Deutschland deutlich dämpfen«

1. Herr Fichtner, die Konjunktur in Deutschland zeigte zuletzt einen moderaten Aufschwung. Ist in Zukunft mit einer größeren Dynamik zu rechnen? Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist insgesamt sehr stabil. Dem sehr starken Jahresauftakt folgte ein eher schwaches zweites Quartal. Ab der zweiten Jahreshälfte 2016 erwarten wir ein insgesamt stetiges moderates Wachstum und eine sehr ausgeglichene Entwicklung der deutschen Wirtschaft.
2. Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie? Wir prognostizieren für dieses Jahr eine Wachstumsrate von 1,7 Prozent und für kommendes Jahr ein Wachstum von 1,4 Prozent. Damit kühlt sich gemessen an den Wachstumsraten die Entwicklung etwas ab. Das hängt auch damit zusammen, dass wir nächstes Jahr weniger Arbeitstage haben. In diesem Jahr fällt eine Vielzahl von Feiertagen auf ein Wochenende. Das ist im nächsten Jahr nicht so. Würden im nächsten Jahr genauso viele Feiertage auf ein Wochenende fallen wie dieses Jahr, dann wäre die Wachstumsrate im nächsten Jahr auch bei 1,7 Prozent und nicht bei 1,4 Prozent, wie wir jetzt prognostiziert haben.
3. Stützt sich das Wachstum in Deutschland weiterhin auf die Binnennachfrage? Die kräftige Entwicklung in Deutschland geht weiterhin auf eine sehr kräftige Binnennachfrage zurück. Vor allem der private Konsum entwickelt sich günstig, auch weil die Arbeitsmarktsituation und damit die Einkommensentwicklung ausgesprochen gut sind. Allerdings ist auch der Außenhandel, also die Exporte, durchaus kräftig.
4. Wie ist die Lage bei der deutschen Exportwirtschaft? Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen waren zum Jahresauftakt etwas unbest. Es gab große Unsicherheit insbesondere über die Entwicklung in China, aber auch in vielen anderen Schwellenländern. Wir gehen davon aus, dass sich das im Prognosezeitraum etwas aufhellt und auch die deutsche Exportwirtschaft etwas an Schwung gewinnen wird. Insgesamt geht es den Exporteuren in Deutschland durchaus gut.
5. Wirft der eventuell drohende Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit), bereits seinen Schatten voraus? Wir gehen davon aus, dass die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Verbleib Großbritanniens in der EU jetzt schon Auswirkungen hat, weil Unsicherheit immer schädlich ist, insbesondere für Investitionen. Das ist ein Effekt, der im Moment vermutlich noch im Wesentlichen auf Großbritannien beschränkt ist. Das heißt, es wird weniger Kapital in Großbritannien investiert und dämpft dort auch die wirtschaftliche Entwicklung. Ich würde annehmen, dass für den Rest der EU und für Deutschland im speziellen die Auswirkungen bisher noch relativ gering sind.
6. Was wären die Folgen für Europa und Deutschland, wenn es tatsächlich zum Brexit käme? Schon bevor der eigentliche Austritt überhaupt stattfindet, würde das Wachstum in Großbritannien wahrscheinlich sehr viel schwächer ausfallen, als es sonst ausgefallen wäre. Dieses schwächere Wachstum in Großbritannien geht im Zweifel mit schwächeren Importen einher, und das bedeutet schwächere Exporte beispielsweise für Länder wie Deutschland, die auch nach Großbritannien exportieren. Großbritannien ist für Deutschland ein sehr wichtiger Handelspartner. Insofern können wir uns vorstellen, dass auch in Deutschland die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, beispielsweise im kommenden Jahr, bei einer Entscheidung für den Brexit um fast einen halben Prozentpunkt niedriger läge, als wenn Großbritannien sich für einen Verbleib in der EU entscheidet.
7. Inwieweit belastet die Flüchtlingsmigration die öffentlichen Finanzen in Deutschland? Die Situation bei den öffentlichen Finanzen stellt sich ausgesprochen günstig dar, obwohl wir im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration relativ hohe öffentliche Ausgaben haben. Allerdings sind die Ausgaben deutlich niedriger als wir noch vor einem Vierteljahr unterstellt haben, weil die Flüchtlingszahlen deutlich zurückgegangen sind. Wir kommen trotzdem für dieses und für kommendes Jahr auf erhebliche öffentliche Überschüsse im zweistelligen Milliardenbereich.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/mediathek

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,8	1,2	0,9	0,7	0,9	1,2	1,2	0,9	0,8
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,6	-0,8	1,2	0,1	-1,3	-2,3	0,6	1,1	1,3
Arbeitstage	0,9	0,4	-0,8	0,0	1,8	1,6	-0,8	0,0	-1,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,2	0,8	1,2	0,8	1,5	0,5	1,1	2,0	0,5
Produktivität ¹	0,5	1,0	0,2	0,6	0,4	1,6	0,4	-0,5	0,8
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,7	1,4	1,4	1,9	2,1	1,4	1,5	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 221,6	2 290,7	2 360,6	1 080,2	1 141,4	1 116,8	1 173,8	1 151,0	1 209,6
Private Haushalte ²	1 634,8	1 677,2	1 721,2	796,5	838,3	819,1	858,1	840,9	880,3
Staat	586,8	613,5	639,4	283,7	303,1	297,7	315,7	310,1	329,3
Anlageinvestitionen	606,1	632,5	653,6	289,5	316,7	304,0	328,6	314,2	339,5
Ausrüstungen	200,1	206,7	213,1	94,2	105,8	98,6	108,1	101,5	111,6
Bauten	297,6	312,2	321,8	142,5	155,1	150,1	162,1	154,8	166,9
Sonstige Anlageinvestitionen	108,5	113,6	118,8	52,7	55,7	55,2	58,4	57,8	61,0
Vorratsveränderung ³	-38,0	-45,1	-45,9	-6,4	-31,7	-10,0	-35,1	-10,2	-35,7
Inländische Verwendung	2 789,7	2 878,1	2 968,3	1 363,3	1 426,4	1 410,8	1 467,3	1 454,9	1 513,3
Außenbeitrag	236,2	255,7	262,8	119,5	116,7	129,5	126,2	135,7	127,1
Exporte	1 419,7	1 446,8	1 519,4	698,5	721,3	711,2	735,6	747,9	771,5
Importe	1 183,5	1 191,1	1 256,6	578,9	604,6	581,8	609,4	612,2	644,4
Bruttoinlandsprodukt	3 025,9	3 133,8	3 231,0	1 482,9	1 543,0	1 540,3	1 593,5	1 590,6	1 640,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,0	3,1	3,1	2,9	3,1	3,4	2,8	3,1	3,0
Private Haushalte ²	2,7	2,6	2,6	2,6	2,7	2,8	2,4	2,7	2,6
Staat	4,0	4,5	4,2	3,8	4,3	4,9	4,2	4,2	4,3
Anlageinvestitionen	3,6	4,4	3,3	2,6	4,5	5,0	3,8	3,4	3,3
Ausrüstungen	5,4	3,3	3,1	4,2	6,6	4,6	2,2	3,0	3,2
Bauten	2,0	4,9	3,1	0,8	3,2	5,4	4,5	3,1	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,7	4,6	4,8	4,7	4,7	4,8	4,7	4,5
Inländische Verwendung	2,6	3,2	3,1	2,0	3,2	3,5	2,9	3,1	3,1
Exporte	6,5	1,9	5,0	7,0	6,0	1,8	2,0	5,2	4,9
Importe	4,1	0,6	5,5	4,0	4,2	0,5	0,8	5,2	5,7
Bruttoinlandsprodukt	3,8	3,6	3,1	3,5	4,1	3,9	3,3	3,3	2,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 063,7	2 104,7	2 136,1	1 009,0	1 054,7	1 033,2	1 071,5	1 047,9	1 088,2
Private Haushalte ²	1 533,8	1 561,7	1 580,3	748,2	785,6	765,1	796,5	774,1	806,3
Staat	529,8	542,8	555,3	260,7	269,1	267,9	275,0	273,5	281,7
Anlageinvestitionen	558,3	574,9	585,5	266,7	291,6	276,5	298,3	281,7	303,8
Ausrüstungen	195,9	201,8	207,5	91,9	104,1	95,6	106,1	98,2	109,3
Bauten	263,3	271,8	274,4	126,4	136,9	131,3	140,5	132,7	141,7
Sonstige Anlageinvestitionen	99,4	101,7	104,2	48,6	50,9	49,7	52,0	50,9	53,3
Inländische Verwendung	2 586,4	2 639,8	2 681,9	1 272,9	1 313,5	1 304,6	1 335,2	1 324,5	1 357,4
Exporte	1 350,9	1 388,9	1 438,1	664,3	686,6	684,3	704,6	710,8	727,4
Importe	1 153,6	1 197,4	1 249,6	562,0	591,6	585,5	611,9	610,7	638,8
Bruttoinlandsprodukt	2 782,5	2 830,8	2 871,8	1 374,5	1 408,0	1 402,8	1 428,1	1 424,5	1 447,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,2	2,0	1,5	2,1	2,2	2,4	1,6	1,4	1,6
Private Haushalte ²	2,0	1,8	1,2	2,0	2,1	2,3	1,4	1,2	1,2
Staat	2,5	2,5	2,3	2,3	2,7	2,7	2,2	2,1	2,5
Anlageinvestitionen	2,2	3,0	1,9	1,1	3,2	3,7	2,3	1,9	1,8
Ausrüstungen	4,8	3,0	2,8	3,6	5,9	4,1	2,0	2,7	3,0
Bauten	0,3	3,2	1,0	-1,0	1,6	3,9	2,6	1,1	0,9
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	2,3	2,5	2,6	2,6	2,3	2,3	2,6	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,1	1,6	1,1	2,1	2,5	1,7	1,5	1,7
Exporte	5,4	2,8	3,5	5,7	5,1	3,0	2,6	3,9	3,2
Importe	5,8	3,8	4,4	5,6	6,0	4,2	3,4	4,3	4,4
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,7	1,4	1,4	1,9	2,1	1,4	1,5	1,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,6	0,8	1,4	0,6	0,7	0,6	1,0	1,5	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,5	2,0	1,9	1,4	1,5	2,1	2,0	2,0	1,8
Anlageinvestitionen	1,4	1,3	1,5	1,4	1,3	1,3	1,4	1,4	1,5
Ausrüstungen	0,6	0,3	0,2	0,5	0,6	0,5	0,2	0,2	0,2
Bauten	1,7	1,6	2,1	1,8	1,5	1,4	1,8	2,0	2,1
Exporte	1,0	-0,9	1,4	1,3	0,8	-1,1	-0,6	1,2	1,6
Importe	-1,6	-3,0	1,1	-1,5	-1,7	-3,6	-2,5	0,9	1,3
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,8	1,6	2,0	2,1	1,8	1,8	1,7	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 117,1	2 183,5	2 252,3	1 039,1	1 078,0	1 074,7	1 108,9	1 108,9	1 143,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	280,1	291,5	304,3	135,6	144,5	141,3	150,2	147,8	156,6
Bruttolöhne und -gehälter	1 261,1	1 312,2	1 362,7	601,1	660,1	626,2	686,0	651,3	711,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	575,8	579,8	585,2	302,4	273,4	307,1	272,7	309,8	275,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	443,0	474,5	492,1	201,0	242,0	219,4	255,1	229,2	262,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 560,1	2 658,0	2 744,4	1 240,1	1 320,0	1 294,0	1 364,0	1 338,1	1 406,2
Abschreibungen	531,3	546,5	561,0	264,4	266,9	271,7	274,8	278,9	282,1
Bruttonationaleinkommen	3 091,3	3 204,5	3 305,4	1 504,5	1 586,8	1 565,7	1 638,8	1 617,0	1 688,4
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 261,2	2 351,5	2 431,7	1 094,1	1 167,0	1 142,8	1 208,7	1 184	1 248
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	719,9	747,8	764,6	357,4	362,5	375,3	372,5	385	380
Arbeitnehmerentgelt	1 541,3	1 603,7	1 667,1	736,7	804,6	767,5	836,2	799	868
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	3,1	3,1	3,0	3,0	3,4	2,9	3,2	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,1	4,1	4,4	3,1	3,2	4,2	3,9	4,6	4,2
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	4,1	3,9	3,8	4,0	4,2	3,9	4,0	3,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,1	0,7	0,9	1,5	0,6	1,6	-0,3	0,9	1,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	8,1	7,1	3,7	5,8	10,1	9,1	5,4	4,5	3,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	3,8	3,2	3,5	4,3	4,3	3,3	3,4	3,1
Abschreibungen	2,6	2,9	2,7	2,7	2,6	2,7	3,0	2,7	2,7
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,7	3,1	3,3	4,0	4,1	3,3	3,3	3,0
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3,9	4,0	3,4	3,6	4,2	4,5	3,6	3,6	3,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,2	3,9	2,2	3,5	4,9	5,0	2,8	2,6	1,9
Arbeitnehmerentgelt	3,8	4,1	4,0	3,7	3,9	4,2	3,9	4,1	3,8
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 263,0	1 315,2	1 360,9	607,7	655,4	632,2	683,0	657	704
Nettolöhne- und -gehälter	836,5	870,4	896,6	394,0	442,5	411,7	458,7	425	472
Monetäre Sozialleistungen	525,6	547,3	570,3	263,1	262,5	271,6	275,7	285	286
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	99,1	102,4	106,0	49,4	49,7	51,1	51,3	53	53
Übrige Primäreinkommen ⁴	575,8	579,8	585,2	302,4	273,4	307,1	272,7	310	275
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-79,5	-89,0	-91,5	-38,8	-40,7	-43,0	-46,0	-44	-47
Verfügbares Einkommen	1 759,3	1 806,1	1 854,6	871,2	888,1	896,3	909,7	922	932
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	50,5	51,4	52,3	25,0	25,5	25,4	26,0	26	26
Konsumausgaben	1 634,8	1 677,2	1 721,2	796,5	838,3	819,1	858,1	841	880
Sparen	175,0	180,2	185,7	99,7	75,3	102,6	77,6	107	78
Sparquote in Prozent ⁷	9,7	9,7	9,7	11,1	8,2	11,1	8,3	11,3	8,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,7	4,1	3,5	3,6	3,8	4,0	4,2	3,9	3,1
Nettolöhne- und -gehälter	3,5	4,0	3,0	3,1	3,9	4,5	3,6	3,2	2,8
Monetäre Sozialleistungen	4,0	4,1	4,2	4,4	3,5	3,3	5,0	4,8	3,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,4	3,4	3,5	4,5	2,4	3,5	3,3	3,5	3,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,1	0,7	0,9	1,5	0,6	1,6	-0,3	0,9	1,0
Verfügbares Einkommen	2,9	2,7	2,7	2,8	2,9	2,9	2,4	2,9	2,5
Konsumausgaben	2,7	2,6	2,6	2,6	2,7	2,8	2,4	2,7	2,6
Sparen	4,4	3,0	3,0	4,4	4,5	2,9	3,0	4,5	1,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	691,8	721,5	742,9	344,2	347,6	361,5	360,0	372,6	370,4
direkte Steuern	365,4	386,1	400,2	184,8	180,6	196,0	190,0	203,6	196,6
indirekte Steuern	326,4	335,5	342,8	159,4	167,0	165,5	170,0	169,0	173,8
Nettosozialbeiträge	500,8	522,0	547,9	242,8	258,0	253,2	268,8	266,2	281,7
Vermögenseinkommen	21,6	21,0	21,0	12,8	8,8	12,0	9,0	12,1	8,9
Laufende Übertragungen	21,5	21,7	22,2	9,0	12,5	9,2	12,6	9,4	12,8
Vermögenstransfers	12,2	11,8	11,2	5,2	7,0	5,0	6,8	4,7	6,5
Verkäufe	102,6	105,5	108,3	48,4	54,2	49,9	55,6	51,2	57,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 350,7	1 403,7	1 453,7	662,5	688,2	690,9	712,9	716,3	737,5
Ausgaben									
Vorleistungen	144,0	149,9	153,3	65,1	78,9	69,0	81,0	70,2	83,0
Arbeitnehmerentgelte	229,6	236,1	241,4	110,3	119,3	113,4	122,7	115,9	125,5
Soziale Sachleistungen	252,1	267,1	285,1	124,6	127,5	132,0	135,1	141,0	144,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	48,0	46,7	46,0	24,2	23,7	23,6	23,1	23,3	22,7
Subventionen	27,5	29,0	30,1	13,5	14,1	14,3	14,7	14,9	15,3
Monetäre Sozialleistungen	470,8	491,2	512,5	235,8	235,0	243,7	247,4	256,1	256,4
Sonstige laufende Transfers	64,6	63,7	69,6	36,0	28,6	37,4	26,3	40,9	28,7
Bruttoinvestitionen	66,6	71,6	73,6	27,9	38,6	30,0	41,6	31,0	42,7
Vermögenstransfers	29,8	29,5	30,5	12,6	17,1	12,3	17,2	12,8	17,7
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,9	-1,3	-5,1	-1,2	-0,7	-0,6	-0,7	-4,4	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1 331,1	1 383,7	1 437,1	648,9	682,2	675,2	708,5	701,6	735,5
Finanzierungssaldo	19,6	20,0	16,6	13,5	6,1	15,7	4,3	14,7	1,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,9	4,3	3,0	4,9	4,9	5,0	3,6	3,1	2,9
direkte Steuern	5,7	5,7	3,7	6,7	4,7	6,1	5,2	3,9	3,4
indirekte Steuern	4,0	2,8	2,2	2,8	5,1	3,8	1,8	2,1	2,2
Nettosozialbeiträge	3,9	4,2	5,0	3,9	3,9	4,3	4,2	5,2	4,8
Vermögenseinkommen	-13,5	-2,7	0,2	-17,4	-7,1	-5,7	1,6	0,6	-0,3
Laufende Übertragungen	12,3	1,4	2,1	2,8	20,3	1,8	1,0	2,2	2,0
Vermögenstransfers	0,1	-3,5	-5,0	10,3	-6,3	-3,6	-3,3	-6,2	-4,1
Verkäufe	1,1	2,8	2,6	1,8	0,5	3,1	2,6	2,6	2,6
Sonstige Subventionen	-18,5	-2,2	0,0	-20,8	-16,7	-5,1	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,9	3,9	3,6	3,8	4,1	4,3	3,6	3,7	3,5
Ausgaben									
Vorleistungen	3,9	4,2	2,2	2,9	4,7	6,0	2,7	1,8	2,5
Arbeitnehmerentgelte	2,2	2,8	2,2	2,2	2,3	2,8	2,9	2,1	2,3
Soziale Sachleistungen	5,0	6,0	6,7	5,2	4,8	6,0	5,9	6,8	6,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-6,8	-2,6	-1,5	-8,5	-5,1	-2,6	-2,7	-1,5	-1,5
Subventionen	8,0	5,4	3,9	7,7	8,2	6,2	4,7	4,0	3,9
Monetäre Sozialleistungen	4,4	4,3	4,3	5,0	3,8	3,4	5,3	5,1	3,6
Sonstige laufende Transfers ⁹	3,0	-0,9	5,9	0,2	2,8	1,4	-2,3	3,5	2,4
Bruttoinvestitionen	5,3	7,6	2,8	-0,4	9,8	7,4	7,7	3,1	2,5
Vermögenstransfers ⁹	-6,6	-0,2	0,9	1,4	-8,1	-0,3	0,1	4,2	2,5
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	-0,5	0,5	-3,8	-0,6	0,1	0,5	0,0	-3,8	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,1	4,0	3,9	3,4	2,8	4,0	3,9	3,9	3,8

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

Finanzpolitik: Haushaltsspielräume gehen zurück, sind aber größer als zuletzt erwartet

Von Kristina van Deuverden

Die öffentlichen Haushalte werden in den Jahren 2016 und 2017 mit Überschüssen abschließen; gemessen an der nominalen Wirtschaftsleistung liegen sie in beiden Jahren bei etwa einem halben Prozent. Steuereinnahmen und Sozialbeiträge nehmen kräftig zu, die Ausgaben expandieren im Prognosezeitraum allerdings etwas stärker – wenngleich um deutlich weniger, als noch vor kurzem erwartet werden konnte, denn der Zustrom von Geflüchteten dürfte deutlich geringer sein als bisher angenommen.

Bei sich einengenden Finanzierungsspielräumen, insbesondere beim Bund, sollten die verbleibenden Möglichkeiten genutzt werden, um die Chancen auf künftiges Wachstum zu verbessern. Die in den vergangenen Jahren bereitgestellten zusätzlichen Mittel für Investitionen reichen nicht, den zum Teil noch immer hohen Bedarf zu decken. Sie sollten aufgestockt werden und es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Gelder dort ankommen, wo der Investitionsstau hoch ist. Angesichts der demografischen Entwicklung sollte die Politik zudem die Anreize zur Arbeitsaufnahme verbessern und die in Deutschland im europäischen Vergleich hohe Belastung mit Sozialbeiträgen zurückführen. Eine stärkere Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen wäre der geeignete Weg.

Der vorliegende Bericht stellt die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland im Detail dar. Diese Entwicklung beruht auf der in den ersten beiden Artikeln dieses Wochenberichts dargelegten gesamtwirtschaftlichen Vorhersage für die Jahre 2016 und 2017. Gleichzeitig sind die Entwicklung der öffentlichen Finanzen, vor allem aber die diskretionären Eingriffe des Staates, eine wesentliche Rahmenbedingung für die Konjunkturprognose.

Öffentliche Kassen weiter mit Überschüssen Einnahmen expandieren nach wie vor kräftig

Die Einnahmen des Staates legen weiterhin dynamisch zu. Dies gilt auch für die Steuereinnahmen. Der fortgesetzte Beschäftigungsaufbau und die gute Lohnentwicklung lassen die Lohnsteuereinnahmen nach wie vor kräftig zunehmen, wenngleich der Anstieg im laufenden Jahr durch die Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag vorübergehend etwas gedämpft wird (Tabelle 1). Die Gewinnsteuern werden in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im laufenden Jahr weiter dynamisch zunehmen.¹ Im kommenden Jahr, wenn sich die Gewinnentwicklung abschwächt, steigen auch die direkten Steuern etwas verhaltener. Die Entwicklung der indirekten Steuern wird von den Steuern vom Umsatz bestimmt, die infolge einer merklichen Ausweitung des nominalen Konsums im Prognosezeitraum etwas kräftiger zulegen.

Besonders stark werden die Einnahmen aus Sozialbeiträgen expandieren. Zum einen findet der Beschäftigungsaufbau nach wie vor im sozialversicherungspflichtigen Bereich statt. Zum anderen wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenkassen in beiden

¹ Dem steht allerdings ein deutlich geringerer Zufluss von Steuern in kassenmäßiger Abgrenzung gegenüber. Da die Auswirkungen von Urteilen in den VGR zum Zeitpunkt ihrer Verkündung berichtet werden, wird eine Gegenbuchung zum Zeitpunkt der kassenmäßigen Wirkung vorgenommen. Im laufenden Jahr hat dies zur Folge, dass die Steuereinnahmen in Abgrenzung der VGR insgesamt um sechs Milliarden Euro höher ausfallen.

Tabelle 1

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2015

	2016	2017
Alterseinkünftegesetz	-1,2	-2,4
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2015 und 2016	-4,6	-4,4
Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus		0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,0	-0,2
Ausweitung der LkW-Maut	0,3	0,3
zusätzliche investive Ausgaben ³	-2,6	-1,4
Förderung des Breitbandausbaus	-0,3	-0,4
Förderung des sozialen Wohnungsbaus ⁴	-0,8	-1,2
Prämie beim Kauf von Elektro- und Hybridfahrzeugen durch den Bund	-0,2	-0,3
Erhöhung der Bafög-Leistungen	-0,1	-0,3
Änderungen beim Wohngeld	-0,6	-0,6
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte	0,0	2,6
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte	1,8	3,7
2. Pflegeverstärkungsgesetz		-5,4
Krankenhausstrukturgesetz	-0,8	-1,6
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-0,6	-1,3
Insgesamt	-9,7	-12,8
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,3	-0,4
<i>nachrichtlich:</i>		
Ausgaben zur Bekämpfung von Fluchtursachen nach Jahren	-0,9	-1,0

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.
 2 Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013, steuerliche Förderung der Elektromobilität.
 3 Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages.
 4 Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich „soziale Stadt“.
 Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Jahren angehoben und zu Beginn des kommenden Jahres steigt der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung.²

Die anderen Einnahmen des Staates entwickeln sich hingegen wenig dynamisch. So ist der für das laufende Jahr in den VGR berichtete Bundesbankgewinn mit 1,5 Milliarden Euro relativ niedrig und die Erbschaftsteuereinnahmen, die als empfangene Vermögenstransfers berichtet werden, gehen in beiden Jahren des Prognosezeitraums zurück.³

2 Gleichzeitig werden mit dem Pflegeverstärkungsgesetz die Ausgaben der Pflegeversicherung erhöht. Der Rentenbeitragssatz bleibt in der hier vorgelegten Prognose konstant; eine nur geringfügig andere Entwicklung am Arbeitsmarkt dürfte dazu führen, dass er zu Beginn des kommenden Jahres sinken würde.
 3 In Erwartung eines Urteils waren viele Schenkungen in das Jahr 2014 vorgezogen worden, so dass die Erbschaftsteuereinnahmen in den Jahren 2014 und 2015 kräftig expandierten. Dies normalisiert sich nun nach und nach.

Alles in allem werden die Einnahmen in diesem Jahr um 3,9 Prozent und im kommenden Jahr um 3,6 Prozent zulegen.

Ausgaben steigen stärker

Die Ausgaben haben im vergangenen Jahr nochmals an Dynamik gewonnen und werden auch im Prognosezeitraum – insbesondere im laufenden Jahr – kräftig zulegen. Dies liegt zu einem großen Teil an der hohen Zahl ankommender Flüchtlinge im vergangenen Jahr.⁴ So werden die Vorleistungskäufe, die bereits im vergangenen Jahr kräftig gestiegen sind, auch in diesem Jahr merklich zulegen. Mit der abklingenden Zuwanderung von Geflüchteten werden sie im kommenden Jahr an Tempo verlieren. Auch bei den sozialen Sachleistungen – die ohnehin eine hohe Grunddynamik aufweisen und im kommenden Jahr zudem durch Leistungsausweitungen bei der Pflegeversicherung getrieben werden – kommt es durch die in Deutschland Schutzsuchenden im Prognosezeitraum zu Mehrausgaben. Zudem wird die Zahl der Beschäftigten in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes aufgestockt. Auch aus diesem Grund werden die Arbeitnehmerentgelte im laufenden Jahr zulegen. Sie steigen aber vor allem, weil die bisherigen Tarifabschlüsse spürbare Lohnanhebungen vorsehen und auch die Verhandlungen für die Landesbediensteten zu Beginn des kommenden Jahres zu deutlichen Anhebungen führen dürften.⁵

Bei den monetären Sozialleistungen bleibt die Dynamik in den kommenden beiden Jahren hoch. Dies liegt auch an der Flüchtlingsmigration, denn einer immer größeren Zahl von Geflüchteten wachsen Transferansprüche zu. Während des Verfahrens besteht Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Nach Abschluss des Verfahrens haben anerkannte Flüchtlinge Anspruch auf Arbeitslosengeld II, Kindergeld und weitere Leistungen. Im weiteren Verlauf dürften dabei immer mehr Verfahren abgeschlossen werden – auch weil die Kapazitäten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausgeweitet wurden. Die monetären Sozialleistungen expandieren allerdings auch deshalb kräftig, weil das Kindergeld zu Beginn des laufenden Jahres nochmals erhöht worden ist und Mitte des Jahres 2016 die Rentenanpassung be-

4 Zum Vorgehen bei der Abschätzung der flüchtlingsbedingten Ausgaben vgl. van Deuverden, K. (2015): Finanzpolitik: Haushaltsspielräume werden enger – umso wichtiger sind jetzt richtige Ausgabeentscheidungen. DIW Wochenbericht Nr. 51+52/2015, 1220 f. Gegenüber den damaligen Rechnungen liegt der aktuellen Prognose eine wesentlich geringere Zuwanderung von Asylsuchenden nach Deutschland zu Grunde. Nach 1,09 Millionen Menschen im vergangenen Jahr geht die hier vorgelegte Prognose von 309 000 Personen im laufenden und 240 000 im kommenden Jahr aus, vgl. Fichtner, F. et al. (2016): Deutsche Wirtschaft folgt stabilem Aufwärtstrend. DIW Wochenbericht Nr. 24+25/2016, 531 ff.
 5 Die Abschlüsse dürften allerdings nur zeitversetzt und mit Abschlägen auf die verbeamteten Beschäftigten übertragen werden.

sonders hoch ist.⁶ Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung gehen hingegen auch im Prognosezeitraum weiter zurück.

Die staatlichen Investitionsausgaben für Bauten haben im vergangenen Jahr kräftig zugelegt. Dies liegt unter anderem daran, dass der Bund mehr Mittel für Investitionen bereitgestellt hatte, dass die Finanzlage der Kommunen vielerorts entspannt war und ein Sondervermögen zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen gegründet worden ist. Ohne weitere zusätzliche Ausgaben werden die Bauinvestitionen des Staates im kommenden Jahr zwar noch zunehmen, aber nur wenig. Demgegenüber dürften die Ausrüstungsinvestitionen des Staates eine deutlich höhere Dynamik als in den vergangenen Jahren aufweisen, denn die Ausgaben für die äußere Sicherheit sollen in den Jahren 2016 bis 2019 um insgesamt 10,2 Milliarden Euro steigen.

Bei den geleisteten Vermögenstransfers werden in den kommenden Jahren vermehrt Ausgaben aufgrund des flüchtlingsbedingt höheren Wohnungsbedarfs getätigt werden, denn die Mittel für den sozialen Wohnungsbau – und den sozialen Stadtumbau – werden aufgestockt. Im laufenden Jahr gehen die Vermögenstransfers dennoch leicht zurück, denn im vergangenen Jahr flossen nochmals Mittel aus dem Solidaritätsfonds Flutopfer ab.

Die Ausgaben für Subventionen, die für einen längeren Zeitraum rückläufig waren, steigen seit einigen Jahren wieder; hier schlägt sich die Energiewende nieder. Im Prognosezeitraum kommt hinzu, dass für die Förderung der Elektromobilität Käufern von E- und Hybridfahrzeugen eine – teils vom Bund und teils von der Automobilindustrie finanzierte – Prämie gewährt werden soll. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Prämien zügig in Anspruch genommen werden: Zum einen ist die Gesamtsumme gedeckelt, zum anderen sind die Pläne seit längerem angekündigt, weshalb ohnehin geplante Anschaffungen zurückgestellt worden sein dürften.

Die Ausgaben des Staates werden alles in allem in diesem Jahr um vier Prozent und im kommenden Jahr um 3,9 Prozent zulegen. Ihre Entwicklung wird allerdings durch einen Sondereffekt verzerrt; bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung von Funkfrequenzen steigen sie im kommenden Jahr um 4,1 Prozent.⁷ Der

⁶ Durch die methodischen Änderungen in den VGR fiel die Rentenanpassung, die sich vorläufig an der volkswirtschaftlichen Bruttolohnentwicklung orientiert, im vergangenen Jahr gemessen an der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte zu gering aus. Dies wird zur Jahresmitte 2016 nachgeholt.

⁷ Im vergangenen Jahr hat der Staat Einnahmen aus der Versteigerung von Funkfrequenzen in Höhe von insgesamt 5,1 Milliarden Euro erzielt. Diese werden in den VGR als negative Ausgabe gebucht. Außerdem werden sie zeitlich auf die Jahre 2015 bis 2019 verteilt. Im Jahr 2015 wurden die Staats-

um Versteigerungserlöse bereinigte Finanzierungssaldo liegt in diesem Jahr bei 20 Milliarden Euro,⁸ im kommenden Jahr geht er auf 11,5 Milliarden zurück. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt er in diesem Jahr bei 0,6 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,5 Prozent (Tabelle 2). In struktureller, also konjunkturell bereinigter, Betrachtung sinkt der Finanzierungssaldo in diesem Jahr um 0,1 Prozentpunkte auf 0,6 Prozent und geht im kommenden Jahr auf 0,4 Prozent zurück.

Finanzpolitik: Haushaltsspielräume gehen zurück, geringere Ausgaben für Flüchtlinge entlasten aber

Die Finanzlage des Staates hat sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr entspannt. Dies ist zum einen die Folge von Konsolidierungsmaßnahmen, zum anderen half dabei die wirtschaftliche Entwicklung. Die Rückführung der Haushaltsdefizite wurde zudem auch durch Sonderfaktoren begünstigt. So profitierten die öffentlichen Kassen in den vergangenen Jahren von einem demografischen Zwischenhoch, denn die Rentenzugänge waren relativ niedrig. Zugleich war die Nettozuwanderung nach Deutschland hoch. Vor allem die Gewährung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürgerinnen und Bürger von mehr und mehr EU-Staaten führte immer wieder schubartig zu Zuzügen. Zudem wanderten aus den europäischen Krisenländern verstärkt Personen nach Deutschland. Die demografische Atempause neigt sich allerdings ihrem Ende zu. So stieg bereits im Jahr 2015 die Zahl der Rentenzugänge wegen Alters kräftig an, wobei allerdings die Einführung der abschlagfreien Rente ab 63 eine Rolle gespielt haben dürfte. Außerdem dürfte die Zuwanderung aus dem europäischen Ausland nur noch von der Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für kroatische Staatsangehörige Mitte vergangenen Jahres Impulse erfahren.

Auch die günstigen Konditionen, zu denen sich der Staat finanzieren konnte, haben zur Haushaltsverbesserung beigetragen. Der Rückgang der Zinsausgaben wird von den für die Schuldenbremse oder den Fiskalpakt üblichen Bereinigungsverfahren zwar als strukturelle Verbesserung interpretiert; eine nachhaltige Konsolidierung ist sie allerdings nicht. Auch wenn der Staat von dem niedrigen Zinsniveau noch einige Jahre profitieren wird, werden mit einem allgemeinen Anstieg der Zinsen seine Aufwendungen für den Schulden-

ausgaben dadurch um 0,5 Milliarden Euro verringert. Im Prognosezeitraum mindern sie die Ausgaben im Jahr 2017 um 3,8 Milliarden Euro.

⁸ Aufgrund der zeitlichen Zuordnung von Urteilsfolgen sind die Steuereinnahmen dabei um sechs Milliarden Euro überzeichnet.

Tabelle 2

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2017

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Schuldenstand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5	58,8
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,6
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1	59,2
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8	62,9
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5	64,7
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2	66,9
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5	66,3
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9	63,5
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8	64,9
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8	72,4
2010 ⁴	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6	81,0
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4	78,3
2012	44,4	22,5	16,5	44,4	2,3	2,3	-0,1	10,2	79,6
2013	44,4	22,6	16,5	44,5	2,0	2,3	-0,1	8,8	77,2
2014	44,6	22,6	16,5	44,3	1,8	2,2	0,3	7,8	74,7
2015 ⁵	44,6	22,9	16,6	44,0	1,6	2,2	0,6	6,9	71,0
2016	44,8	23,0	16,7	44,2	1,5	2,3	0,6	6,5	67,7
2017 ⁶	45,0	23,0	17,0	44,5	1,4	2,3	0,5	6,2	65,1

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

3 Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

5 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,5 Milliarden Euro).

6 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (3,8 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2016 und 2017: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

dienst im Zuge der Refinanzierung von Papieren allmählich zunehmen.

Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen insgesamt gut, Spielräume engen sich aber ein

In den vergangenen Jahren konnte vor allem der Bund seine Finanzlage verbessern. Wie die anderen Gebietskörperschaften profitierte er auf der Einnahmenseite von der wirtschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig wurde der Bund dadurch aber auch auf der Ausgabenseite entlastet; die Ausgaben für Arbeitslosengeld sanken von 23,5 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf 20,9 Milliarden Euro im vergangenen Jahr.⁹ Außerdem konnte der Bundeshaushalt in großem Umfang von den genannten Sonderfaktoren profitieren. Wegen des demografischen Zwischenhochs wurde der Anstieg des allgemeinen Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung gedämpft und das niedrige Zinsniveau hat

besonders den Bund, auf den der größte Teil der Staatsverschuldung entfällt, entlastet.¹⁰

Die Haushaltslage der Länder hat sich in den vergangenen Jahren ebenfalls deutlich aufgehellt, vor allem weil die Steuereinnahmen kräftig sprudelten. Dennoch haben Länder wie Bremen oder das Saarland nach wie vor massive Probleme und es scheint fraglich, ob sie ihre Haushalte bis zum Jahr 2020 konsolidiert haben werden und die Schuldenbremse einhalten können.¹¹ Für andere Länder wie Nordrhein-Westfalen wäre der Abbau der strukturellen Defizite bis dahin zwar schwierig, scheint aber nicht ausgeschlossen. In vielen Ländern lässt sich bisher allerdings keine Strategie zu einer solchen Rückführung erkennen. Andere Länder, beispielsweise die neuen Länder, konnten

⁹ Am höchsten waren die Ausgaben für Arbeitslosengeld mit 27,1 Milliarden Euro im Jahr 2006.

¹⁰ In einigen Jahren hat sich der Bund zudem durch die Kürzung der ohnehin zu geringen Zuschüsse an die Sozialversicherungen bessergestellt.

¹¹ Der Stabilitätsrat, der die Haushaltsführung von Bund und Ländern überwacht, hat am 9. Juni 2016 erstmals einen blauen Brief verschickt. Das Land Bremen wurde aufgefordert, seinen Sanierungspfad zu verstärken.

ihre strukturellen Defizite in den vergangenen Jahren deutlich zurückführen. Wieder andere Länder, beispielsweise Bayern, profitieren überdurchschnittlich von der wirtschaftlichen Entwicklung. Alles in allem ist die Finanzlage in den einzelnen Ländern damit recht uneinheitlich.

Dies gilt auch auf kommunaler Ebene. Insgesamt erwirtschaften die Gemeinden einen Überschuss, die Unterschiede sind aber stark ausgeprägt; die finanziellen Divergenzen bestehen seit Jahren und verfestigen sich mehr und mehr. Bei den finanzschwachen Kommunen hat sich im Laufe der Zeit mehr und mehr Verschuldung aufgebaut – auch weil sie auf der Ausgabenseite nur begrenzt flexibel sind, denn viele ihrer Ausgaben sind durch bundeseinheitliche Gesetze determiniert. Haushaltsspielräume sind in vielen Kommunen praktisch seit Jahren nicht vorhanden – mit entsprechenden Auswirkungen auf die öffentlichen Investitionen: In diesen Gemeinden hat sich über die Jahre ein großer Investitionsbedarf aufgestaut.¹²

Dies belastet das potentielle Wirtschaftswachstum. Um die Kommunen in Zukunft in die Lage zu versetzen, ausreichende Investitionen zu tätigen und so den Stau nach und nach aufzulösen, wäre die angemessene Finanzierung aller Ebenen sicherzustellen. Die Chance wurde verschenkt, die ohnehin anstehende Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für eine Lösung aus einem Guss zu nutzen, bei der systematisch und für alle Ebenen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen miteinander in Einklang gebracht werden. Der derzeitige Ländervorschlag zur Neuordnung des Länderfinanzgleichs erfüllt diese Anforderungen jedenfalls nicht und eine Einigung in der laufenden Legislaturperiode ist unwahrscheinlich.

Die Politik begegnet dem Investitionsstau mit anderen Mitteln: So ist ein Sondervermögen gegründet worden, mit dem Investitionen in finanzschwachen Kommunen gefördert werden sollen. Auch die verstärkte Übernahme von „Kosten der Unterkunft“ durch den Bund kommt tendenziell finanzschwachen Regionen zu Gute, denn solche Kosten spielen in diesen Gebieten eine größere Rolle.¹³ Letztlich sind die vom Bund bereitgestellten Mittel für den Kita-Ausbau ebenfalls eine Maßnahme, die Kommunen zu entlasten. In Anbetracht der besonderen Belastung der kommunalen Ebene durch den Zustrom von Geflüchteten hat die Politik zudem weitere Hilfen beschlossen.

¹² Arnold, F. et al. (2015): Große regionale Disparitäten bei den kommunalen Investitionen. DIW Wochenbericht Nr. 43/2015, 1031-1040.

¹³ In Deutschland werden für bedürftige Menschen bestimmte Unterkunfts-kosten erstattet. Neben der Kaltmiete gehören dazu auch bestimmte Mietnebenkosten.

Flüchtlingsmigration belastet einzelne Ebenen unterschiedlich

Im vergangenen Jahr sind über eine Million Menschen nach Deutschland geflohen. Zu Beginn fallen die damit verbundenen Kosten nur in geringem Umfang auf der Ebene des Bundes an. Erst wenn die sich um asylbewerbenden Menschen in einer eigenen Wohnung leben und ihnen „Kosten der Unterkunft“ zuerkannt werden, entstehen auch beim Bund Ausgaben in größerem Umfang. Sind die Flüchtlinge als asylberechtigt anerkannt und steht ihnen Arbeitslosengeld II zu, werden die Ausgaben des Bundes kräftig zulegen. Vorher fallen die Kosten, die mit der Aufnahme und Unterbringung der Geflüchteten verbunden sind, vor allem auf kommunaler Ebene an. Auf die Länder kommen zusätzliche Ausgaben beispielsweise bei Einreise und Erfassung zu. Im weiteren Verlauf werden Mehrausgaben für Bildung, eine der Kernaufgaben der Länder, notwendig, die bei der Integration der Flüchtlinge eine große Rolle spielen dürften.

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres schienen nahezu alle Gemeinden an den Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit zu sein. Sie mussten schnell Maßnahmen ergreifen und Kapazitäten aufbauen, um dem Zustrom von Flüchtlingen gewachsen zu sein. Zwar stehen mittlerweile vielerorts bereits Unterkünfte leer und in Turnhallen eingerichtete Notunterkünfte werden geräumt, doch auch im laufenden Jahr werden auf die Kommunen Kosten in Milliardenhöhe zukommen. Vor allem viele finanzschwache Kommunen fühlen sich damit überfordert. Gleiches gilt für einige Länder, auch wenn auf Länderebene – mit Ausnahme der Stadtstaaten – die anfallenden Kosten hinter den auf kommunaler Ebene notwendigen Ausgaben zurück bleiben. Vor allem jene Länder, die in den vergangenen Jahren bei der Konsolidierung ihrer Finanzen ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, geraten angesichts der Herausforderung zunehmend unter Druck.

Aus diesem Grund hat der Bund Ländern und Kommunen zugesagt, Hilfen in Form eines pauschalen Zahlbetrags je Geflüchteten zu leisten. Im laufenden Jahr soll ein Abschlag gezahlt werden und im kommenden Jahr die Zahlung dann auf Grundlage der tatsächlichen Zahl von asylsuchenden Menschen angepasst werden.¹⁴ Diese Ausgestaltung hat zum einen den Vorteil, dass sie Ländern und Kommunen eine verlässliche Planungsgrundlage liefert. Die pauschale Ausgestaltung begünstigt zudem die effiziente Verwendung der Mittel. Die Länder fordern allerdings zurzeit eine stärkere und vor allem eine prozentuale Kostenbeteiligung des Bundes – zu 50 Prozent. Mit einer solchen prozentualen Ausgestaltung würde aber nicht nur der

¹⁴ Zurzeit wird diskutiert, die Zahlungen bereits unterjährig anzupassen.

Anreiz, die Mittel effizient einzusetzen, gemindert – es ist auch unklar, welche Kosten hier in Ansatz kommen sollen.

Da der Bund im deutschen Finanzföderalismus nur eingeschränkt die Möglichkeit hat, direkte Transfers an die Kommunen zu leisten, werden alle Mittel den Ländern zufließen. Die Entscheidung darüber, wann und in welchem Umfang die Gelder an die Kommunen weitergeleitet werden, liegt im Ermessen des jeweiligen Landes. Gerade finanzschwache Länder könnten versucht sein, einen größeren Teil der Zahlungen einzubehalten. Da die Kommunen in finanzschwachen Ländern häufig ebenfalls finanzschwach sind, könnten sich die bestehenden Divergenzen weiter verfestigen.

Sozialversicherungen: Finanzlage gut, aber schlechter als sie sein könnte

Alles in allem war die Finanzentwicklung bei den Sozialversicherungen in den vergangenen Jahren ebenfalls positiv. Der Beschäftigungsaufbau erfolgte vor allem im sozialversicherungspflichtigen Bereich, die Zahl jener Personen, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, sank und die Rentenzugänge waren gering. Selbst bei der gesetzlichen Krankenversicherung, die – auch vor dem Hintergrund stetigen medizinischen Fortschritts und einer älter werdenden Bevölkerung – einer hohen Ausgabedynamik gegenüber steht, kumulierten sich in einigen der vergangenen Jahre Überschüsse. Im Jahr 2015 konnte der durchschnittliche Zusatzbeitrag kurzfristig sogar sinken. Bereits im laufenden Jahr sahen sich allerdings viele Krankenkassen gezwungen, ihn – zum Teil deutlich – anzuheben; auch im kommenden Jahr dürfte dies der Fall sein. Die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung werden zudem nach und nach durch die Flüchtlingsmigration belastet. Zurzeit hinterlässt diese in den Haushalten der Sozialversicherungen nur wenige Spuren: Die Flüchtlinge haben weder Versicherungsansprüche auf Arbeitslosengeld noch auf Rentenzahlungen aufgebaut und die Gesundheitskosten fallen im Rahmen des SGB II an. Werden mehr Flüchtlinge als asylberechtigt anerkannt, werden allerdings auch die Sozialkassen, vor allem die Krankenversicherung, nach und nach belastet: Für Leistungen wie Arbeitslosengeld II wird nur ein reduzierter Beitragssatz zugrunde gelegt, so dass die Ausgaben für die Versicherten dadurch nicht gedeckt sind.

Die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung war in den vergangenen Jahren ebenfalls gut und der Beitragssatz wurde mehrfach gesenkt. Ein Ende dieser Entwicklung ist aber absehbar. So führt die demografische Entwicklung zu stärkeren, altersbedingten Rentenzugängen. Außerdem belastet die massive Ausweitung der versicherungsfremden Leistungen wie die Rente ab 63 und die Erweiterung der Mütterrente in den vergangenen Jahren die Finanzen der Rentenversicherung.

Die Arbeitslosenversicherung dürfte hingegen auch in den kommenden Jahren deutliche Überschüsse erwirtschaften. Die Zahl der Personen, die Arbeitslosengeld beziehen, ist in den vergangenen Jahren merklich zurückgegangen und wird auch im Prognosezeitraum rückläufig sein. Bei einer nach wie vor steigenden Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird die Bundesagentur für Arbeit bei gegebener Rechtslage Überschüsse erwirtschaften.

Es ist nicht auszuschließen, dass die gute Haushaltslage der Bundesagentur Begehrlichkeiten weckt. Der Bedarf an zusätzlichen Mitteln für Eingliederungs- und Integrationsmaßnahmen wird in den kommenden Jahren hoch sein. Ausgaben für solche Maßnahmen sind mit Blick auf eine schnelle und nachhaltige Integration der zugewanderten Flüchtlinge angemessen und notwendig und können – wenn sie erfolgreich sind – das potentielle Wirtschaftswachstum erhöhen. Dabei handelt es sich allerdings um Ausgaben, die im allgemeinen Interesse liegen und daher auch von der Allgemeinheit getragen werden sollten. Sie sollten daher aus Steuermitteln finanziert werden. Zum einen wird ansonsten nur eine Gruppe von Abgabepflichtigen belastet – andere Gruppen, wie verbeamtete Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner, Selbständige oder Studierende, würden von vornherein von den Lasten ausgenommen. Zum anderen ist die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit dadurch höher als sie sein müsste.

Das Volumen der von den Sozialversicherungen finanzierten, dem Charakter nach versicherungsfremden, Leistungen ist seit Jahren beträchtlich und hat in den vergangenen Jahren nochmals deutlich zugenommen.¹⁵ So wurden bei der gesetzlichen Rentenversicherung Mehrausgaben beschlossen, die die Rentenkassen jährlich mit einem zweistelligen Milliardenbetrag belasten. Zum einen ist dies die Ausweitung der Mütterrente auf Mütter von vor 1992 geborenen Kindern. Während für Rentenleistungen an Mütter, deren Kinder nach dem Jahr 1992 geboren worden waren, bei Einführung der Mütterrente ein steuerfinanzierter Zuschuss beschlossen wurde,¹⁶ wird die „neue Mütterrente“ allein aus den Beitragseinnahmen finanziert. Auch die Rente ab 63, die zudem das Erwerbspersonenpotential reduziert, ist eine versicherungsfremde Leistung. Die politische Entscheidung für die neuen zusätzlichen Belastungen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentnern dürfte dabei durch die gute Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung begünstigt worden sein.

¹⁵ Vgl. van Deuverden, K. (2015): Finanzpolitik: Der richtige Mix von Steuern und Sozialabgaben hat Priorität! DIW Wochenbericht Nr. 26/2015, 608–617.

¹⁶ Der steuerfinanzierte Zuschuss ist seither allerdings nicht erhöht worden, obwohl die Ausgaben gestiegen sind.

Weitere versicherungsfremde Leistungen sind bereits in der Diskussion: Noch in der laufenden Legislaturperiode soll eine Lebensleistungsrente eingeführt werden, die gewährleisten soll, dass langjährig Versicherte eine Mindestsicherung erhalten. Auch wenn diese sozialpolitisch gerechtfertigt sein mag, durchbricht sie das Versicherungsprinzip, denn ein Anspruch durch Beitragszahlungen wurde für diese Leistung nicht erworben.

Die Belastung des Faktors Arbeit liegt in Deutschland weit über dem OECD-Durchschnitt¹⁷ und der Grund für die im internationalen Vergleich hohe Belastung sind entgegen weitläufiger Meinung nicht die Steuern, sondern die Sozialbeiträge.¹⁸ Würden haushaltspolitische Spielräume dazu verwendet, die versicherungsfremden Leistungen aus Steuern zu finanzieren und die Beitragssätze zu senken, so würde der Anreiz, Arbeit aufzunehmen, erhöht: Die Partizipationsrate und damit das Erwerbspersonenpotential könnten so gesteigert werden.¹⁹

Fazit: Faktor Arbeit entlasten

Die Wirtschaftspolitik muss sich den aktuellen Herausforderungen durch die starke Zuwanderung von Geflüchteten im vergangenen Jahr stellen und die Menschen integrieren. Gegenüber den noch den Planungen zugrunde liegenden Annahmen dürften aber deutlich weniger Menschen kommen und es werden weniger Mittel benötigt als in der politischen Diskussion zurzeit genannt. Gleichwohl engen sich die Handlungsspielräume ein.²⁰ Dies trifft vor allem auf den Bund zu, denn er wird unter

anderem höhere Ausgaben für Arbeitslosengeld II leisten müssen, hat weitere Maßnahmen in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration beschlossen und den Ländern und Kommunen zudem mehr Mittel zugesagt. Ein gewisser Haushaltsspielraum bleibt ihm aber noch – zumal dem Bundeshaushalt nach der Schuldenbremse eine strukturelle Verschuldung von 0,35 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt erlaubt ist. Die Finanzlage der Ländergesamtheit wie auch der Gemeinden insgesamt wird sich sogar ein wenig aufhellen.

Neben den vorhandenen Spielräumen können zudem neue erschlossen werden. Dazu bietet sich nach wie vor an, die Haushalte qualitativ zu konsolidieren, wobei auch vor dem Abbau von Privilegien – beispielsweise im Bereich der Beamtenversorgung – nicht zurückgeschreckt werden sollte. Außerdem nehmen die Subventionen, etwa im Energiebereich, seit einigen Jahren wieder zu – zuletzt recht kräftig; ein Abbau derselben wäre ebenfalls geeignet, neue Spielräume zu schaffen.

Die Politik hat ihren Handlungsrahmen zuletzt genutzt, Mittel für zusätzliche Investitionen bereitzustellen. Diese Maßnahmen laufen in den kommenden Jahren aber nach und nach aus. Bereits im Prognosezeitraum werden die öffentlichen Investitionen in realer Rechnung bereits wieder zurückgehen. Temporär freie Mittel – die Entlastung der öffentlichen Haushalte durch das niedrige Zinsniveau ist nicht langfristiger Natur – könnten hierfür auch weiterhin eingesetzt werden. Vor allem aber muss dafür gesorgt werden, dass Investitionen dort getätigt werden, wo der Stau groß ist: Eine systematische Lösung mit Blick auf den Finanzbedarf finanzschwacher Kommunen wäre wünschenswert.

Zudem dürften Knappheiten am Arbeitsmarkt künftig eine zunehmende Rolle spielen. Aus diesem Grund müssen die Anreize zur Arbeitsaufnahme verbessert werden und dies kann über eine Minderung der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit erfolgen. Dazu sollten in erster Linie die hohe Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen zurückgeführt und versicherungsfremde Leistungen durch Steuerzuschüsse ausgeglichen werden.

¹⁷ Vgl. OECD (2016): Taxing Wages 2016. Paris, dx.doi.org/10.1787/tax_wages-2016-en.

¹⁸ Vgl. van Deuverden, K. (2015), a. a. O.

¹⁹ Die Reduzierung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung kann die Vollzeitbeschäftigung um bis zu 160 000 Personen zunehmen lassen. Vgl. Bach, S. et al. (2016): Gutachten Rentenversicherung, Teil 1: Zum Zusammenhang von Beschäftigung und Beitragssatz zu den Sozialversicherungen. Forschungsprojekt im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen.

²⁰ Die in Abgrenzung der VGR ausgewiesenen Überschüsse sind verglichen mit der kassenmäßigen Entwicklung überzeichnet. Im laufenden Jahr werden die Steuereinnahmen um sechs Milliarden Euro überzeichnet, im kommenden Jahr werden die Ausgaben um 3,8 Milliarden Euro unterzeichnet. Auch spielt es in den VGR keine Rolle, dass der Bund sich durch die im Jahr 2015 gebildete Rücklage finanziert.

FISCAL POLICY: BUDGET MARGINS SHRINKING, BUT STILL LARGER THAN EXPECTED UP UNTIL RECENTLY

Abstract: Public budgets will conclude 2016 and 2017 with surpluses. In percent of nominal GDP, these surpluses will amount to half a percent for each year. Tax revenues and social contributions are showing strong growth, but expenditure is expected to increase slightly more over the forecast period—albeit at rates much lower than those of recent predictions due to the number of incoming asylum seekers being lower than expected.

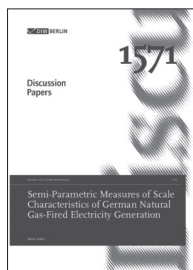
With regard to the narrow budgetary margins, especially in the case of the federal government, the surpluses should

be used to improve the likelihood of future growth. The additional expenditure on investment in recent years has not been sufficient to cover requirements, which are still rather high. Spending on investment should be increased and distributed to where the investment backlog is high. Moreover, given the demographic development, policy should be designed to improve incentives to work as well as alleviate Germany's relatively high burden (compared to other European countries) through social security contributions. This could be achieved through an increase in the tax financing of non-insurance benefits.

JEL: H3, H6, E6

Keywords: public finance, fiscal policy, outlook

Discussion Papers Nr. 1571
2016 | Stefan Seifert



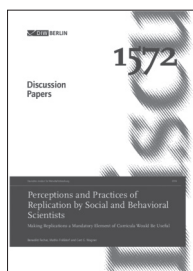
Semi-Parametric Measures of Scale Characteristics of German Natural Gas-Fired Electricity Generation

Scale characteristics are key properties of production functions that determine optimal firm sizes, and have considerable policy implications for sectors undergoing restructuring. However, estimates of scale characteristics typically vary with the assumptions of the underlying empirical model. This paper derives estimators of scale efficiency and scale elasticity for semi-parametric stochastic non-smooth envelopment of data (StoNED) that are based on few assumptions and rely neither on a functional form nor on distributional assumptions, but satisfy basic microeconomic properties. The estimators are applied to a unique sample covering 124 natural gas-fired power plants operating in Germany in 2011. Results indicate that on average plants operate under constant to slightly decreasing returns-to-scale, and scale inefficiency is found to be overall rather low. However, considerable improvement potential exists due to technical inefficiency. The results allow the strong fragmentation of gas-fired electricity generation in Germany, but emphasize the importance of using best practices on plant level.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1572
2016 | Autoren



Perceptions and Practices of Replication by Social and Behavioral Scientists: Making Replications a Mandatory Element of Curricula Would Be Useful

We live in a time of increasing publication rates and specialization of scientific disciplines. More and more, the research community is facing the challenge of assuring the quality of research and maintaining trust in the scientific enterprise. Replication studies are necessary to detect erroneous research. Thus, the replicability of research is considered a hallmark of good scientific practice and it has lately become a key concern for research communities and science policy makers alike. In this case study we analyze perceptions and practices regarding replication studies in the social and behavioral sciences. Our analyses are based on a survey of almost 300 researchers that use data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP), a multidisciplinary longitudinal multicohort study. We find that more than two thirds of respondents disagree with the statement that replications are not worthwhile, because major mistakes will be found at some point anyway. Nevertheless, most respondents are not willing to spend their time to conduct replication studies. This situation can be characterized as a "tragedy of the commons": everybody knows that replications are useful, but almost everybody counts on others to conduct them. Our most important finding concerning practical consequences is that among the few replications that are reported, a large majority is conducted in the context of teaching. In our view, this is a promising detail: in order to foster replicability, one avenue may be to make replication studies a mandatory part of curricula as well as of doctoral theses. Furthermore, we argue that replication studies need to be more attractive for researchers. For example, successful replications could be listed in the publication lists of replicated authors. Vice versa, data sharing needs to receive more recognition, for example by considering data production and subsequent data sharing as scientific output.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Fußball-EM: Auswahlmannschaft des DFB ist einer von mehreren Favoriten

Vor der Fußball-Europameisterschaft (EM) wurde in Deutschland die Auswahlmannschaft des Deutschen Fußballbundes (DFB) zum Favoriten auf den Gewinn des Titels ausgerufen. Das Ergebnis des ersten Spiels gibt auch Anlass, dies zu glauben. Wer eher mäßig spielt, aber trotzdem zu Null gewinnt, kann in einem Turnier weit kommen.

Scheinbar werden die vielfach angestellten Prognosen – oder sollte man besser Hoffnungen sagen? –, die das DFB-Team als kommenden Europameister sehen, durch eine Modellrechnung gestützt, die der Soziologe Jürgen Gerhards (FU Berlin), der Sportsoziologe Michael Mutz (Universität Gießen) und der Autor dieser Zeilen im Vorfeld der WM veröffentlicht haben (www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2016/fup_16_200-em-prognose-gerhards-wagner-mutz/index.html). Doch dies ist zu kurz gedacht.

Die Modellrechnung beruht auf den Marktwerten der Spieler-Kader der einzelnen Teams, die bei der EM-Endrunde in Frankreich antreten. Der Kader des Teams aus Deutschland liegt – ganz knapp – an der Spitze der Marktwert-Tabelle. Da die Marktwerte das spielerische Potential eines jeden Spielers und damit auch der Mannschaften widerspiegeln (siehe www.transfermarkt.de), ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der teuerste Kader gewinnt. Erstmals 2006 bei der WM in Deutschland angewendet, war diese höchst einfache Methode auf Anhieb erfolgreich. Damals hatte kaum jemand mit dem Team aus Italien als Weltmeister gerechnet, aber die Marktwert-Methode hatte diesen Ausgang wahrscheinlich gemacht. Bei den anschließenden Europameisterschaften und der WM 2010 lag das spanische Auswahlteam mit Abstand an der Spitze der Marktwert-Tabelle und die entsprechenden Prognosen erwiesen sich als richtig. 2014 war die Methode nicht erfolgreich, da das spanische Auswahlteam – trotz des nach wie vor höchsten Marktwertes – früh ausschied. Aber das an zweiter Stelle der Marktwert-Tabelle liegende DFB-Team wurde tatsächlich Weltmeister.

Bereits bei der Prognose für die WM 2014 war klar, dass der Marktwert-Vorsprung der spanischen Spieler im Vergleich zu den Endrunden 2008, 2010 und 2012 geschrumpft war. Jetzt liegt das DFB-Team knapp vorne. Aber der Vorsprung von etwa vier Millionen Euro ist mit weniger als einem Prozent des Marktwertes beider Teams, der bei einer halben Milliarde Euro liegt, so gering, dass das deutsche Team kein eindeutiger Turnierfavorit ist. Hinzu kommt: Auch die Mannschaften auf Platz drei bis fünf der Marktwert-Tabelle liegen so nahe an den teuersten Teams wie seit Jahren nicht mehr. Neben Belgien auf Platz fünf und England auf Platz vier ist insbesondere Frankreich auf Platz drei zu beachten, da sein Kader auch fast 500 Millionen Euro erreicht. Hinzu kommt der Heimvorteil.

Nun ist die Marktwert-Methode denkbar einfach gestrickt. Gibt es nicht bessere Methoden? Die letzten Turniere haben gezeigt: Gemessen am Prognose-Erfolg sind kompliziertere Methoden, die diverse statistische Verfahren anwenden, nicht besser. Dies ist insofern erstaunlich, weil die Wettquoten eigentlich die Informationen über die Spielstärke der verschiedenen Teams sehr gut zusammenfassen. Man spricht auch von der „Weisheit der Vielen“. Aber das Problem der Wettquoten dürfte, gerade bei großen Fußball-Turnieren, darin bestehen, dass Fans nicht nur wetten, um möglichst viel Geld zu verdienen, sondern um ihre Sympathien und Hoffnungen zum Ausdruck zu bringen. Mit anderen Worten: Es wetten nicht nur Profis, die schlicht Geld verdienen wollen, sondern auch Leute, die mit ihren Wetten den Erfolg ihrer Mannschaft beschwören wollen.

Die Marktwert-Methode ist auch deswegen interessant, weil sie völlig transparent ist: Die Marktwerte stehen im Internet jedem Interessierten kostenlos zur Verfügung. Man kann selbst rechnen, und zum Beispiel auch die Streuung der Werte pro Team berücksichtigen, und damit „spielen“. Was will man als Fan, der nicht selbst auf dem Rasen stehen kann, mehr?